1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 14 vom 5. April 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Wende im DED

Im Entwicklungshilfeministerium sind jetzt die Pläne fertig, die den DED, den Deutschen Entwicklungsdienst fester an die Regierungskandarre nehmen sollen. Neben personellen Umsetzungen — die „Ausgewogenheit" bringen sollen, wird der Regierungseinfluß im DED stärker.

Ein „SPD-naher" Abteilungsleiter des Entwicklungshilfeministeriums soll neuer DED-Geschäftsführer werden. Sein Stellvertreter wird ein „CDU-naher" bisheriger Angestellter der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vorsitzender des aufsichtsführenden Verwaltungsrates des DED wird ein Mitarbeiter der Vertreter der Katholischen Kirche in Bonn, vom Kommissariat der deutschen Bischöfe.

Damit noch nicht genug. Bisher saßen im Verwaltungsrat des DED vier Vertreter der Bundesregierung, drei der Parteien CDU, SPD und FDP sowie drei Vertreter der Entwicklungshelfer und vier Mitglieder des Arbeitskreises *„Lernen und Helfen in Übersee"*, einem Zusammenschluß privater Hilfsorganisationen.

Künftig wird die Regierung nicht mehr so leicht zu überstimmen sein. Zwei Vertreter des „öffentlichen Lebens" kommen hinzu, der Freiburger Professor Oberndörfer und der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Größter Skandal dieser Wende-Pläne für den DED: Der Bundestagsfraktion der Grünen ist es verwehrt worden, einen Platz im Verwaltungsrat zu besetzen.

Seit Minister Warnkes Amtsantritt war der DED immer wieder wegen seiner fortschrittlichen Arbeit, nicht zuletzt auch wegen seines Nicaragua-Engagements von der Regierung unter Beschuß genommen worden. Die Mitbestimmung der Entwicklungshelfer bei Projektauswahl und Vorbereitung sowie Bewerberauswahl ist in Gefahr geraten.

Ostermarsch '85

Mitmachen? Na klar!



Die Herrschenden werden die Demonstrationen und Veranstaltungen zu Ostern '85 zum Gradmesser dafür machen, wie ernst die Friedensbewegung als Gegnerin ihrer friedensfeindlichen Pläne noch zu nehmen ist. Denn auch wenn die Ostermärsche sich nicht der Sympathie aller Kriegsgegner erfreuen — sie sind in den letzten Jahren zu einem Markenzeichen für die Friedensbewegung geworden. Und Kritiker der Ostermärsche sollten es sich reiflich überlegen, ob es der gemeinsamen Sache nützt, wenn die Friedensbewegung zu Ostern — aufgrund geringer Teilnehmerzahlen — Schwäche demonstriert.

Wir meinen nicht. Wir meinen, daß der berechtigte Unmut beispielsweise über die Art und Weise, wie die DKP dem Aufruf für den Ostermarsch Ruhr ihren politischen Stempel aufgedrückt hat, sich **nicht im massenhaften Fernbleiben** von Veranstaltungen äußern sollte, sondern **vielmehr in der möglichst massenhaften Teilnahme** all derer, die für einen konsequenten Friedenskampf sind, für den Austritt der BRD aus der NATO und für einseitige Abrüstungsmaßnahmen und dabei nicht „übersehen", daß die Sowjetunion ebenfalls eine gefährliche Aufrüstungs- und Aggressionspolitik betreibt. Denn letztendlich bestimmen nicht Aufruftexte, sondern die Teilnehmer das politische Bild einer Demonstration.

In diesem Sinn dürfte es insbesondere für die Leserinnen und Leser des Roten Morgen und alle anderen revolutionären Sozialisten keine Frage sein, wie sie sich den Ostermärschen '85 gegenüber verhalten: Mitmachen? Na klar!

Dänemark: Tarifdiktat

Am Montag ging der Kampf noch weiter



Mit neuen Streiks und Demonstrationen reagierten die dänischen Arbeiter auf die gesetzlich verordneten Maßnahmen, die ihren Kampf für die 35-Stunden-Woche und Reallohnsicherung beenden sollten und vom 1. April ab für illegal erklärten.

Hunderttausend Arbeiter kamen der Aufforderung, an die Arbeit zurückzukehren nicht nach, sondern zogen vor das dänische Parlament, wo die konservative Regierung am Samstag das reaktionäre Gesetzespaket beschlossen hatte (siehe auch Seite 8). Bis zum späten Nachmittag dauerte die Protestaktion am Montag, zu der gewerkschaftliche Vertrauensleute aus Kopenhagen aufgerufen hatten. Ähnliche Kundgebungen fanden in allen größeren Städten Dänemarks statt.

Obwohl offiziell seit dem 1. April nicht mehr gestreikt werden darf, war das Wirtschaftsleben Dänemarks am Montag weitgehend stillgelegt. Arbeitsniederlegungen gab es im privaten und öffentlichen Bereich. In vielen Versammlungen protestierten die Arbeiter vor allem gegen den Angriff der Regierung auf das gewerkschaftliche Recht, Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst auszuhandeln.

Das Tarifdiktat der Regierung hat die arbeitenden Menschen in vielen Bereichen empört. So war am Montag immer noch der Fährschiff- und Luftverkehr weitgehend eingestellt, Busse fuhren in den großen Städten nicht, kommunale Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten nahmen die Arbeit noch nicht wieder auf und in Krankenhäusern wurde nur Notdienst gemacht. Das Tarifdiktat der Regierung ist noch nicht durchgekommen.

Nach der „konzertierten Aktion" im Gesundheitswesen

Blüm sieht Überversorgung

Betrachtet man die Pressemeldungen und Berichte über die „konzertierte Aktion" im Gesundheitswesen am Mittwoch letzter Woche genauer, so wird deutlich, daß alles, was Minister Blüm konkret anzukündigen hatte, die Einrichtung eines sogenannten Expertenstabes war, der eine angebliche Überversorgung durchforsten solle.

Alles, was sonst von Blüm zu berichten war, blieb folgenlos. Zwar konnte auch er in seinen Ausführungen nicht daran vorbei, daß im letzten Jahr Hauptfaktor der Kostensteigerung der Anstieg der Preise für Medikamente um sage und schreibe 14,3 Prozent gewesen war.

Dafür „kritisierte" Blüm die Konzerne, was aber — wie zu erwarten war — folgenlos blieb. Wie auch Kritiken an der Ärzteschaft, die beteuerte sie wolle, im Gegensatz zum letzten Jahr, Einnahmesteigerungen nur in der Höhe der Steigerung der Löhne (was, da ja prozentual berechnet, natürlich ein Vielfaches davon ausmacht) erzielen. Die Richtlinie, die Blüm erneut vertrat, war die Beschränkung der Zahlungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung auf „sozial- und gesundheitspolitisch notwendige Leistungen" eingeführt werden müsse. Eine Richtlinie, die undefinierbaren Spielraum für die Politik des Sozialabbaus schafft. Denn: Wer bestimmt, was sozial- und gesundheitspolitisch notwendig ist?

In dieser Richtung wurden bereits in der Vergangenheit verschiedene Vorstöße unternommen: Ausklammerung von Rauchern, Sportlern usw. — so fängt es an. Verletzungen bei Hausarbeit wurden einst auch schon als „ausklammerungsfähig" in die Debatte geworfen — der Spielraum ist auf Dauer unbegrenzt.

Dies auszuloten, da einen Anfang zu setzen, das soll Aufgabe der von Blüm angekündigten Expertenkommission sein. Die Bildung dieser Kommission ist einzig konkret angedeutetes Ergebnis dieser Tagung — und dieses Ergebnis bestätigt all jene in ihrer Einschätzung, die von dieser Tagung einen Anstoß zu massiver Gegenreform im Gesundheitsbereich erwartet hatten.

Niederländisches Parlament fordert Verbot

SS-Treffen darf nicht stattfinden!

Ausgerechnet in der ersten Mai-Hälfte, wo überall in der Bundesrepublik des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gedacht wird, soll in Nesselwang im Allgäu ein Treffen von Alt-SSlern stattfinden.

Die Forderung, dieses Treffen zu verbieten, wird nicht nur von deutschen Antifaschisten und Demokraten erhoben. Mit einer offiziellen Note, die von allen Parlamentariern unterzeichnet wurde, hat jetzt auch das niederländische Parlament Bundeskanzler Kohl und Bundestagspräsident Jenninger aufgefordert, dieses Treffen und auch alle zukünftigen „provozierenden" Zusammenkünfte dieser Art zu verbieten.

Welche Haltung die Bundesregierung sonst zu solchen Forderungen einnimmt, ist bekannt. Innenminister Zimmermann hat die Duldungspolitik gegenüber diesen Faschisten dadurch besonders deutlich gemacht, daß er die HIAG nicht mehr als rechtsextreme Organisation im Verfassungsschutzbericht aufführt. Sollte die Bundesregierung auch diesmal bei ihrer Haltung bleiben, wäre das allerdings noch mal ein besonderer Skandal!

Der DGB und bisher 55 Organisationen aus Bayern und Hessen haben inzwischen zu einer Protestdemonstration gegen das SS-Treffen aufgerufen.

Polizei als Wegelagerer

Die Autobahnpolizei in Nordrhein-Westfalen, im Regierungsbezirk Arnsberg speziell, machte diese Woche Schlagzeilen: Gegen „Tribut" drückten offensichtlich Dutzende von Beamten, wohlorganisiert, bei LKW-Fahrern ein Auge zu. Nachdem erst vor zwei Jahren in der Dortmunder Polizei ein Gangsterring aufgeflogen war nun also erneut sogenannte Gesetzeshüter einschlägig tätig.

In der „Westfälischen Rundschau" wurde ein Spediteur mit den Worten zitiert: „Das haben wir einkalkuliert" — er meinte damit den Tribut an die Autobahnpolizei. Dafür dürfen seine Fahrer schneller als erlaubt fahren — das rechnet sich für größere Spediteure vor allem. Von kostspieligeren Lebensmitteln bis hin zu Stereoanlagen — im „Katalog der Sonderabgaben" war alles drin, was gebraucht werden kann und sich verscherbeln läßt. Eine ganze Serie von Untersuchungen läuft, zwei Komissare sitzen bereits in Untersuchungshaft.

Dabei gibt es ganze Lawinen von Beweisen dafür, daß dies keinesfalls nur in NRW geübte Praxis war, sondern zumindest auch für die angrenzenden Bundesländer gilt. Eine Sonderkommission, die zur Untersuchung gebildet wurde, hat bereits dringend um Verstärkung ersucht.

Es ist, im Grundsatz, derselbe Tatbestand, der bereits beim Dortmunder Polizeiskandal vorlag.

Das ist zum einen, daß die polizeilichen Richtlinien dahingehend wirken, daß ein bestimmter Menschenschlag — vor allem — eingestellt wird, Rücksichtslosigkeit ist gefragt. Vor allem aber sind solche Vorgänge der Stellung der Polizei gegenüber dem Bürger zu verdanken. Erst einmal unter dem Deckmantel der Staatsmacht, mit Uniform ausgestattet, darf man vieles, nicht nur Leute in angeblicher Notwehr erschießen. Sondern auch die ganzen Sonderrechte rigide ausnutzen, die jedes Vorgehen Betroffenen gegenüber (in der Praxis) unkontrollierbar für die Öffentlichkeit machen.

Solange alle dichthalten, geht solch eine Gang deshalb auf Jahre hinaus auf Nummer sicher, Tarnung und Schutz sind perfekt. Solche Vorfälle werden sich immer wieder ereignen, solange es eine Polizei gibt, die das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates ausübt und so öffentlich unkontrollierbar ist.

Auftrag für Wiederaufarbeitungsanlage

Welche Überraschung: Siemens!

Die Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), in der die Atomstrom erzeugenden Elektrizitätswerke zusammengefaßt sind, hat den Auftrag für die Anlage in Wackersdorf vergeben. In der Konkurrenz zu Uhde/Lurgi erhielt die KWU als Führerin eines Konsortiums den Bauauftrag, der rund 5,2 Milliarden Mark bedeutet.

Daß gerade die Siemens-Tochterfirma diesen Auftrag erhielt, kann kaum als Überraschung gelten. Es ist vielmehr eine Tatsache, die erneut beweist, daß es die größten Konzere und Finanzgruppen sind, die am Atomgeschäft am meisten profitieren.

Auch die anderen Mitglieder des KWU-geführten Konsortiums, die NUKEM aus Hanau und die Baukonzerne der Banken bestätigen diese Aussage einmal mehr.

Widerlegt wird durch diese Auftragsvergabe auch die jüngst verschiedentlich vertretene Behauptung, die großen kapitalistischen Konzerne hätten eigentlich schon längst das Interesse an den AKWs verloren — das einzige, was verloren zu sein scheint, ist das große öffentliche Interesse, das diese Frage einst hervorrief.

Das Geschäft mit dem Atom war im Gegenteil eines der wichtigsten Wahlversprechen der heutigen Bonner Koalitionsparteien an ihre kapitalistischen Hintermänner — Schluß mit der Blockade von enormem Investitionspotential hieß damals die Losung. Dabei ist die Entscheidung für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage nicht nur für sich selbst wichtig, sondern dies ist ja die Grundlage für eine „florierende" Atomwirtschaft überhaupt.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

EG-Süderweiterung

Aus Freundschaft zu Spanien und Portugal?

Liest man die bürgerliche Presse, so haben die EG-Staaten, allen voran die BRD, Spanien und Portugal einen riesigen Gefallen getan, gegen den kleinlichen Widerstand vor allem Griechenlands deren Aufnahme in die EG zum 1. Januar 86 (zwei Jahre später als einst geplant) durchgesetzt.

Wie verhält es sich damit wirklich? Was steckt dahinter, wenn ausgerechnet Bundeskanzler Kohl der einzige Politiker ist, der die Pro-Europa-Demonstranten mit Handschlag begrüßt?

Dazu im folgenden einige kurze Auszüge aus den „Kommunistischen Heften", Nr. 7 (dem theoretischen Organ der KPD), dessen Hauptartikel hieß „EG — Europa der Monopole". In dem Kapitel „Die Süderweiterung der EG" wird dazu ausgeführt, und dies gilt auch noch heute, obwohl vor der „Wende" geschrieben:

Nach der sogenannten Norderweiterung der EG zu Beginn der siebziger Jahre um Britannien, Dänemark und Irland soll nun in den achtziger Jahren die Süderweiterung abgeschlossen werden: Griechenland ist bereits am 1. Januar 1981 Mitglied der Gemeinschaft geworden; für 1984 war ursprünglich der Beitritt Portugals und Spaniens geplant (der sich allerdings wohl noch länger hinauszögern wird).

Der Abschluß dieser Süderweiterung würde die jetzt schon bestehenden Disproportionen innerhalb der EG erheblich verschärfen. Insbesondere Griechenland und Portugal verfügen über eine nur gering entwickelte Industrie, die zudem auf wenige Standorte konzentriert ist. In allen drei Ländern hat die — allerdings deutlich unter dem durchschnittlichen Produktivitätsniveau der EG liegende — Landwirtschaft noch ein bedeutendes Gewicht. Nach dem Beitritt auch Portugals und Spaniens würde sich die landwirtschaftliche Nutzfläche der EG um über die Hälfte erweitern.

Da in den drei Ländern jetzt schon bei einigen Agrarprodukten zum Teil erhebliche Überschüsse bestehen — in Griechenland z.B. bei Zitrusfrüchten, Baumwolle, Tabak, Gemüse (vor allem Tomaten), Pfirsichen usw. — würde ihre Teilnahme am gemeinsamen Agrarmarkt das Problem der Ausgleichszahlungen drastisch verschärfen und das gesamte System der Marktordnungen einer Zerreißprobe aussetzen. Die Tatsache, daß alle drei Länder stark unterentwickelte Gebiete haben, würde zudem auch neue umfangreiche Forderungen an die Regionalförderung der EG stellen.

Obwohl also die Süderweiterung mit gegenwärtig noch kaum zu überblickenden Belastungen des EG-Haushalts verbunden ist, hat die westeuropäische Monopolbourgeoisie den Anschluß Griechenlands, Spaniens und Portugals seit Jahren zielstrebig betrieben. Ihre Interessen sind dabei sowohl ökonomischer wie auch politischer Natur. Die Süderweiterung bringt für die EG-Monopole nicht nur in den drei Ländern selbst neue Möglichkeiten für den Waren- und Kapitalexport mit sich. Spanien und Portugal haben traditionelle Verbindungen mit Ländern in Lateinamerika und Afrika; Griechenland unterhält enge Beziehungen zum Nahen Osten. Diese Verbindungen können sich die EG-Monopole verstärkt nutzbar machen. Zudem stärkt die Süderweiterung insgesamt die Position der EG im Mittelmeerraum und verschafft ihr dort weitere Vorteile gegenüber dem US-Imperialismus.

In der offiziellen EG-Propaganda wird die Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals gerne als uneigennütziger Beitrag zum Schutz der bürgerlichen Demokratie gegen Versuche der erneuten Errichtung von faschistischen Diktaturen in diesen Ländern hingestellt. Dazu sagte noch vor einigen Jahren Andreas Papandreou, Chef der sozialistischen PASOK und gegenwärtig Ministerpräsident in Griechenland: Eine EG unter der Ägide der BRD als engster Vertrauter der USA sei keine Garantie gegen eine erneute Diktatur und auch nicht zu einer inneren Veränderung zum „Europa der Arbeitenden" fähig. Die EG würde vielmehr im Gegenteil eine sozialistische Reform in Griechenland behindern. (...)

Und weiter wurde damals geschrieben, was insbesondere die Probleme für die „Neuen", vor allem Griechenland, betrifft, (und woraus sich auch insbesondere finanzielle Forderungen ableiten):

Wenn oben gesagt wurde, daß die Süderweiterung erhebliche Probleme für den EG-Haushalt mit sich bringen wird, so muß auf der anderen Seite deutlich herausgestellt werden, daß diese Probleme unbedeutend sind im Vergleich zu den gewaltigen Schwierigkeiten, die für die drei betroffenen Länder selbst aus dem EG-Anschluß entstehen. Abgesehen von dem hier angesprochenen politischen Aspekt der Süderweiterung werden auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich die Werktätigen dieser Länder die Folgen der Ausdehnung der EG nach Südeuropa zu tragen haben und somit die eigentlichen „Verlierer" der Süderweiterung sein. Das soll hier am Beispiel Griechenlands kurz erläutert werden.

Sogar die EG-Kommission hat 1976 festgestellt, daß die griechische Wirtschaft nicht in der Lage sei, der Konkurrenz auf dem Gemeinsamen Markt standzuhalten. Daran hat sich auch bis heute nichts geändert. Nach wie vor ist die Industrie vorwiegend handwerklich organisiert. Die Mehrzahl der Unternehmen besteht aus Klein- und Kleinstbetrieben: 95 Prozent aller Unternehmen beschäftigen weniger als zehn Arbeitskräfte. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der griechischen Industrie liegt bei 43 Prozent des EG-Durchschnitts.

Noch weit rückständiger ist die griechische Landwirtschaft, die ungefähr ein Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt. Sie ist durch eine besonders starke Zersplitterung bei sehr niedrigem Niveau der Produktivität gekennzeichnet. Die durchschnittliche Größe der Betriebe liegt bei nur 4,4 Hektar (EG 17,7 ha), die durchschnittliche Arbeitsproduktivität bei nur 25 Prozent des EG-Durchschnitts.

In beiden Bereichen ist die griechische Wirtschaft der Konkurrenz aus den EG-Kernländern hoffnungslos unterlegen. Das wird sich dann voll auswirken, wenn Griechenland nach der vereinbarten Übergangszeit von fünf Jahren voll in die Zollunion und den gemeinsamen Agrarmarkt integriert sein wird. Die negativen Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft sind jedoch bereits jetzt zu spüren.

So sind die griechischen Importe von Agrarprodukten aus der EG in den ersten beiden Jahren der Mitgliedschaft sprunghaft um 180 Prozent angestiegen. Noch 1980 hatte Griechenland im Agrarhandel mit den übrigen neun EG-Ländern eine positive Bilanz von 6,5 Milliarden Drachmen (228 Millionen Mark). 1981 dagegen wies diese Bilanz ein Defizit von 11 Mrd. Drachmen auf, das sich im vergangenen Jahr weiter auf ca. 20 Mrd. Drachmen vergrößert hat. Daß die mit weit höherer Produktivität produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe des Nordens gewillt sind, auch in die letzten Winkel des griechischen Marktes vorzudringen, zeigt das folgende Beispiel: In holländischen, dänischen und westdeutschen Molkereien wird gegenwärtig die griechische Spezialität Feta (ein Schaftskäse) produziert, speziell für den griechischen Markt, wo man mit niedrigeren Preisen die heimischen Anbieter ausstechen will.



Zum Thema: „EG — Europa der Monopole"



Das ist der Titel des Hauptartikels in der Nummer 7 der Kommunistischen Hefte der KPD, aus dem im nebenstehenden Artikel zitiert ist. Wer sich ausführlicher mit dem Thema EG befassen will, dem sei diese Ausgabe empfohlen. Kommunistische Hefte Nummer 7, 120 Seiten, 6,— DM. Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

8. Mai 1945 — 40 Jahre danach

Wessen Krieg war der Krieg?

Am 8. Mai 1945 unterschrieben die Generäle Keitel, Stumpff und von Friedeburg in Berlin Karlshorst die bedingungslose Kapitulation aller Streitkräfte Hitler-Deutschlands. Damit war der deutsche Faschismus zerschlagen und der 2. Weltkrieg in Europa beendet. Der 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, den wir in diesem Jahr feiern, gibt uns Anlaß, in dieser und in den nächsten Ausgaben des „Roten Morgen“ auf einige Fragen einzugehen, die in der öffentlichen Auseinandersetzung umstritten sind. Wenn heute Revanchismus, die Forderung nach einer Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges und, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, die Ablehnung eines Gesetzes gegen die „Auschwitz-Lüge“ typisch für die Politik der Bundesregierung sind; wenn die gleichen Kräfte den 8. Mai als Tag der „größten Katastrophe in der deutschen Geschichte“ bezeichnen, dann macht das deutlich, daß die Auseinandersetzung um den 8. Mai nicht nur von historischem Interesse ist, sondern ein ziemlich große aktuelle Bedeutung hat. Wir wollen uns im folgenden mit den Ursachen, die zur Entfesselung des 2. Weltkrieges geführt haben, beschäftigen. Dabei wird sich zeigen, daß die Schuldigen an diesem größten organisierten Völkermord der Geschichte auch heute noch ihre Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik spielen.

Der 2. Weltkrieg ist natürlich nicht einfach irgendwie „ausgebrochen“ und er läßt sich auch nicht durch den Fanatismus oder einen angeblichen Größenwahn Hitlers, wie das manche versuchen, erklären. Man muß sich daran erinnern, wer Hitler an die Macht gebracht hat, nämlich die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals, denen sich schließlich die gesamte Monopolbourgeoisie anschloß. Es war ihr innenpolitisches und außenpolitisches Programm, das Hitler schließlich durchführte. Und dazu gehörte auch die Vorbereitung und später die Entfesselung eines neuen Eroberungskrieges des deutschen Imperialismus, die Revanche für den verlorenen 1. Weltkrieg. Schon die ersten beiden außenpolitischen Schritte, die die Hitler-Regierung unternahm, zeigten deutlich die Richtung, die jetzt eingeschlagen wurde.



Im Oktober 1933 wurden die deutschen Delegierten von der Genfer Abrüstungskonferenz zurückgerufen und kurze Zeit später erklärte Deutschland seinen Austritt aus dem Völkerbund. Damit waren zwei Forderungen der deutschen Monopolbourgeoisie erfüllt worden. Denn schon zwei Wochen vor dem Machtantritt Hitlers hatte es in einer Erklärung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) geheißen: „Die deutsche Privatwirtschaft muß ... jede Kontrolle von Kriegswaffenherstellung und Kriegswaffenhandel grundsätzlich ablehnen.“ Und unmittelbar nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund konnte Fritz Thyssen behaupten: „**Wir** haben die deutsche Regierung gezwungen, aus dem Völkerbund auszutreten.“

Der deutsche Imperialismus strebte eine völlige Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten an, die in mehreren Etappen verwirklicht werden sollte. Es gibt darüber zahlreiche Aussagen, Pläne und Denkschriften, und zwar nicht nur von Hitler, Göring und anderen führenden Faschisten, sondern auch von führenden Vertretern der deutschen Monopolbourgeoisie, so z.B. von Hermann Röchling, der Deutschen und Dresdner Bank, Zeiss, Reemtsma und vor allem des IG Farben-Konzerns.

Die Vorstellungen unterschieden sich zwar im Detail je nach den besonderen Interessen, zeigten aber eine bemerkenswerte Übereinstimmung in ihren Grundlinien.

In allererster Linie ging es den deutschen Imperialisten um die Schaffung eines vereinigten Europa unter ihrer Führung, um die Ausschaltung Frankreichs und die Schwächung Englands. Kernpunkt war dabei von vornherein die Vernichtung und Zerstückelung der Sowjetunion. Die Verwirklichung dieser Absichten war von einer wüsten völkischen, nationalistischen Propaganda begleitet. Bekannt ist die Losung vom „Volk ohne Raum“ mit der etwa Hugenberg schon im Juni 1933 auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz forderte, Deutschland brauche Gebiete, „in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen“ könne. Das richtete sich selbstverständlich gegen die Sowjetunion und wurde auch damals so aufgefaßt.

Jeder weiß heute, welche ungeheuren Verbrechen die Hitler-Faschisten während des Krieges in Polen und in der Sowjetunion verübt haben. Hinter dem Schlagwort „Volk ohne Raum“ verbarg sich ein ganz konkretes Programm der Ausplünderung und der Vernichtung bzw. Versklavung von Millionen von Menschen im Interesse des Großkapitals. So heißt es etwa in einer geheimen Denkschrift Himmlers vom Mai 1940: „Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, dem Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich ... Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besonderes Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen.“ Und in den Richtlinien des „Wirtschaftsstabes Ost“ vom Mai 1941 hieß es, daß „zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“

Nach dem Verlassen der Genfer Abrüstungskonferenz und dem Austritt aus dem Völkerbund begannen die Hitler-Faschisten unter offenem und geheimem Bruch des Versailler Vertrages ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm. Der letzte von Deutschland veröffentlichte Militärhaushalt vom März 1934 spricht bereits Bände. Danach sollten die Ausgaben für die durch den Versailler Vertrag verbotene Kriegsluftflotte von 78 auf 210 (!) Millionen Reichsmark steigen, die Ausgaben für die Reichswehr von 344,9 auf 574,5 Millionen Mark. Im März 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die Produktion von Geschützen, Flugzeugen und Kriegsschiffen wurde rasch gesteigert. Und wiederum nur ein Jahr später marschierten deutsche Truppen unter Bruch des Versailler Vertrages und des Locarno-Pakts von 1925 in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands ein und besetzen diese. Innerhalb von wenigen Jahren hatten es die deutschen Imperialisten geschafft, das militärische Kräfteverhältnis in Europa entscheidend zu verändern. Die massive deutsche Aufrüstung konnte natürlich nur einen Sinn haben, nämlich die notwendigen militärischen Voraussetzungen für die Führung eines Krieges zu schaffen. Es ist deshalb um so bemerkenswerter, daß Frankreich, vor allem aber England, keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die Aufrüstung Deutschlands zu stoppen. Sie begnügten sich mit papiernen Protesten. Mehr noch. Am 18. Juni 1935 wurde in London das englisch-deutsche Flottenabkommen unterzeichnet. Dieses Abkommen war ein beiderseitiger Bruch des Versailler Vertrages. In ihm wurde Deutschland der Bau von U-Booten in praktisch unbegrenzter Zahl zugestanden. Die Flottenstärke Deutschlands sollte nach diesem Abkommen 35 Prozent der Gesamtflottenstärke aller Mitglieder des britischen Commonwealth betragen dürfen. Das war genau der Prozentsatz, den Hitler gefordert hatte.

Inzwischen hatten sich die Anzeichen für einen großen Krieg immer mehr verstärkt. Im Oktober 1935 überfiel das faschistische Italien Abessinien. Im Juli 1936 begann mit der Meuterei der faschistischen Generäle um Franco der spanische Bürgerkrieg, in dem Deutschland und Italien zugunsten Francos gegen die spanische Republik intervenierten. Kurze Zeit darauf, im Oktober 1936, wurde zwischen Deutschland und Italien ein Abkommen unter anderem über die Abgrenzung der wirtschaftlichen Einflußsphären Deutschlands und Italiens auf dem Balkan und im Donaubecken geschlossen. Und im November 1936 schlossen Deutschland und das faschistische Japan den sogenannten Antikominternpakt, dem wenig später auch Italien beitrat.

Die deutschen Faschisten hatten inzwischen ziemlich klar erkannt, daß ihnen vor allem die damalige englische Regierung (aber auch Frankreich und die USA nahmen eine ähnliche Haltung ein) keine ernsthaften Schwierigkeiten machen würde. Die englische Regierung förderte durch ihre Politik im Gegenteil sogar die Kriegsgelüste der deutschen Faschisten, wie sich noch zeigen wird.

Die Pläne der deutschen Faschisten sahen vor, zunächst Österreich und die Tschechoslowakei zu annektieren, festen Fuß auf dem Balkan zu fassen und Polen zu unterwerfen. Dann sollte Skandinavien unter deutsche Vorherrschaft gebracht, Frankreich überfallen und als Machtfaktor in der europäischen Politik ausgeschaltet werden. Nachdem so ein europäischer Großraum unter Führung des deutschen Faschismus geschaffen war, sollte schließlich die Sowjetunion vernichtet werden.

Die einzelnen Etappen für die Verwirklichung dieser Pläne sind schon frühzeitig ziemlich genau ausgearbeitet worden ebenso wie ihre propagandistische Vorbereitung und Begleitmusik.

Dabei spielte die Losung „Heim ins Reich“ eine wichtige Rolle. Damit war gemeint, daß Deutschland alle Gebiete, in denen Deutsche und sei es auch nur als Minderheiten, wohnten, an sich reißen wollte. Die Tatsache, daß die deutschen Minderheiten den Hitler-Faschisten immer wieder als Vorwand für die Aggression gegen andere Länder gedient hat, war nicht zuletzt der Grund dafür, daß die Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg die Umsiedelung deutscher Bevölkerungsgruppen aus Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern beschlossen haben. Es ist immerhin bemerkenswert, daß sich die heutigen Propagandisten der „offenen deutschen Frage“ im Grunde genommen der gleichen Argumente, wie Hitler sie schon benutzte, bedienen.

Die Pläne Hitlers entsprachen im übrigen vollständig den Vorstellungen der maßgebenden Kreise des deutschen Monopolkapitals. So hatte schon seit Ende 1931 der sogenannte Langnam-Verein (= Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, eben der Verein mit dem langen Namen) mit der Reorganisation des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages begonnen. Ziel des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages war die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs sowie die Neuerschließung des Balkans für die deutschen Handels- und Kapitalinteressen. Im Grunde genommen wurden mit den Vorstellungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages schon ziemlich genau die Ziele der ersten Etappe von Hitlers Kriegspolitik formuliert, im Grunde genommen setzte Hitler nur die Politik des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages mit anderen, nämlich kriegerischen, Mitteln fort.

Das erste Ziel von Hitlers Aggressionspolitik war Österreich. Am 25. Juli 1934 hielten die deutschen Faschisten Österreich für sturmreif. Eine Bande bewaffneter Nazis drang in das Arbeitszimmer des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß ein und ermordete ihn. Gleichzeitig überfiel ein anderer Stoßtrupp der Nazis das Gebäude des österreichischen Rundfunks und zwang den Sprecher mit vorgehaltener Pistole den Rücktritt Dollfuß' und die Bildung der faschistischen Regierung Rinteln bekanntzugeben.

Dieser brutale Putschversuch scheiterte jedoch. Die Faschisten konnten sich nicht durchsetzen. Außerdem war die internationale Lage noch nicht reif. Vor allem Italien war — jedenfalls zu diesem Zeitpunkt — nicht bereit, die Annektion Österreichs durch Deutschland hinzunehmen. Mussolini protestierte nicht nur gegen die Ermordung von Dollfuß, sondern er setzte auch noch am gleichen Tag vier Divisionen nach dem Brenner und die Grenze Kärntens in Marsch. Damit war dieser Plan Hitlers zunächst gescheitert.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

Zum Beiratsbeschluß der IG Metall

Betriebsbesetzung — Jein, aber?!

Schon in der Nummer 12/85 des Roten Morgen hatten wir auf die Stellungnahme des Beirats der IGM hingewiesen, auf die Auseinandersetzungen, die darum geführt wurden, *was* denn nun entschieden worden ist. Inzwischen liegt uns die vollständige Fassung des Beiratsbeschlusses vor.

Wichtige Teile daraus dokumentieren wir nebenstehend.

Die sehr umfangreiche Stellungnahme besteht aus 105 Seiten.

Der erste Teil beschäftigt sich mit dem „Umfang der konjunkturellen und strukturellen Arbeitsplatzvernichtung in der Metallindustrie" — mit einem ausführlichem Tabellenteil über regionale und zeitliche Verteilung der Arbeitsplatzvernichtung, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit im Anhang.

Teil 2 beschäftigt sich mit den „Rechtliche(n) Möglichkeiten von Arbeitnehmern im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze nach dem BetrVG und den Mitbestimmungsgesetzen", Teil 3 schließlich mit „Mögliche(n) weitergehenden Formen gewerkschaftlichen Widerstandes". Dazu gibt es eine Anlage A — „Möglichkeiten und Grenzen einer Betriebsübernahme durch die Belegschaften" und Anlage B „Informationen zum Thema" Alternative Produktion/ Produktkonversion. Entscheidend für die Stellungnahme des Beirates sind die Teile 2 und 3, die uns im folgenden näher beschäftigen sollen.

Rechtliche Möglichkeiten durch Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsgesetze

In diesem Teil wird deutlich, „das BetrVG stellt der Betriebsleitung und den betroffenen Arbeitnehmern direkt keine Möglichkeiten zur Verfügung, um die vom Unternehmer geplanten Abteilungs-/Betriebs-/Werksschließungen zu verhindern. Dem Grundsatz nach geht das BetrVG von der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit aus." (S. 9)

Es werden dann die verschiedenen Möglichkeiten der Verzögerungs- und richtig genutzt — der Mobilisierungstaktik aufgeführt, die das Betriebsverfassungsgesetz bietet. So z.B. die Auseinandersetzung um Interessenausgleich und Sozialplan. Wenn es im Beiratsbeschluß heißt, „demzufolge kann der Betriebsrat den Versuch unternehmen, in zugespitzten Auseinandersetzungen die Betriebsschließung zunächst solange zu verhindern, bis über die Einigungsstelle ein wirksamer Sozialplan einschließlich Interessenausgleich vereinbart wurde" (S. 10) wird sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sicher in ihrer Einschätzung und Forderung bestätigt fühlen. Diese Herren hatten im Rahmen der Anhörung zum „Beschäftigungsförderungsgesetz verlauten lassen: „Anders als beim Sozialplan sollten deshalb für den Interessenausgleich keine Möglichkeiten zu monatelanger Verzögerung bestehen." (S. 13 ihrer Stellungnahme vom 10.1.1985)



Wenn neben anderen Punkten außerdem aufgeführt wird, durch den Abbau von Leiharbeit, Fremdfirmenarbeit u.ä. kann ... die **Stammbelegschaft** erhalten (werden)" (S. 11) so ist hier allerdings kritisch anzumerken, daß eine solche Strategie höchstens den Unternehmern nützt und Solidarität über den Bereich hinaus eher verhindert als fördert.

Für die betriebsverfassungsrechtlichen Möglichkeiten und Unternehmensmitbestimmungsmöglichkeiten wird als Kernpunkt festgestellt, daß sie dazu dienen können und müssen „als Instrument der Information ... zur Unterstützung der berechtigten Forderungen ... um eine breitere Mobilisierung der Betroffenen sowie der weiteren Öffentlichkeit zu erreichen" (S. 12)

Abschließende Bewertung ist völlig zu Recht, daß mit beiden Möglichkeiten die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung allein nicht erfolgreich bekämpft werden kann.

Mögliche weitergehende Formen gewerkschaftlichen Widerstands

In diesem Teil befaßt sich der Beirat nun ausdrücklich mit dem „Phänomen der Betriebsbesetzung" (S. 13).

Abgegrenzt wird zuerst die Frage „in welchem Umfang innerhalb eines regulären Arbeitskampfes das Betriebsgelände für Versammlungen, Demonstrationen o.ä. benutzt werden darf" (S. 13) Hier kommt der Beirat zu dem Schluß, daß dies mit „guten arbeitskampfrechtlichen Gründen" darzustellen ist. Damit ist die Betriebsbesetzung außerhalb von Tarifrunden erst einmal als „nicht regulärer" Arbeitskampf gekennzeichnet — mit entsprechenden Folgen, wie zu sehen sein wird.

Als zweiter Fall wird abgegrenzt die Situation „bei denen eine Belegschaft das (rechtswidrige) Ausschlachten eines Unternehmens durch angebliche Gläubiger verhindert" (S. 14)

Für diesen Fall sieht der Beirat keine größeren **rechtlichen** Probleme, dies zu rechtfertigen.

Die Probleme fangen erst bei der dritten Art von Betriebsbesetzung an — also den Formen wie HDW, AG Weser, Videocolor etc. Die — zutreffende — rechtliche Einschätzung dieser Kampfform dokumentieren wir ausführlich in Kasten 1.

Der mehrfache Verweis auf „ökonomische Grenzen" macht allerdings deutlich, daß es sich **nicht nur** um eine rechtliche Darlegung handelt, sondern geprägt ist vom Verständnis vom Arbeitskampf als lediglich **ökonomisches Druckmittel.**

Gleichzeitig wird allerdings festgehalten: „Bei nichts so sehr, wie bei der Frage der Arbeitsplätze besteht eine Diskrepanz zwischen der Erwartungshaltung (der Mitglieder) und ihren (der IGM) tatsächlichen Möglichkeiten, bedrohte Arbeitsplätze zu erhalten." (S. 17) Daraus ergibt sich für den Beirat die Notwendigkeit, über Handlungsperspektiven nachzudenken.

Auch hier wird zu Beginn des Abschnittes betont, daß solche Kämpfe „objektiv aussichtslos sind" (S. 18). Wobei allerdings die Frage der Aussichtslosigkeit nicht zu erklären ist aus der konkreten Situation nur am betroffenen Betrieb, sondern im Kern die Frage steht, wie von der IGM, dem DGB solche Kämpfe aufgenommen und verbreitert worden sind — oder eben nicht. Vor einer solchen Analyse allerdings hat sich der Beirat gedrückt. Obwohl gerade diese Frage recht entscheidend ist (siehe dazu den Artikel „Besetzen wir die Werften..." aus: Siemon/Schneider, Krisenbuch).

Kasten 2 dokumentiert die wichtigsten Elemente der vom Beirat gesehenen Perspektiven.

Wichtig erscheint dabei zum einen der Hinweis auf die Notwendigkeit von Unternehmens-, Konzern- und Branchenaktivitäten, was nicht nur in der Vergangenheit fehlte — z.B. AEG — sondern noch auf dem letzten Gewerkschaftstag direkt abgebügelt wurden, wie z.B. die Forderung nach einer solchen Koordination über die Vertrauenskörper — so daß z.B. der „Sulzbacher Kreis" der Vertrauensleute aus dem Stahlbereich praktisch „illegal" tagt.

Gleichzeitig ist unter Punkt 5.2.1 deutlich ausgesprochen, was auch die Grundlage für die entsprechenden Presseberichte war, daß der Beirat es ablehnt, Betriebsbesetzungen als **gewerkschaftliches** Kampfmittel zu übernehmen.

Kasten 1

Rechtliche Einschätzung von Betriebsbesetzungen

Aus dem Beiratsbeschluß

3.1.1 Unter dem herrschenden Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik, wie es derzeit vom BAG praktiziert wird, ist ein Arbeitskampf nur zulässig zur Durchsetzung tarifvertraglich regelbarer Ziele. Die Verhinderung von Personalabbau kann in dieser Hinsicht rechtstechnisch in der Form der Beschränkung des Kündigungsrechts des Arbeitgebers angegangen werden.

Hierzu muß diese Thematik jedoch frei von einer Friedenspflicht-Bindung sein. Das wäre im Einzelfall als Mindestvoraussetzung entsprechend den für den jeweiligen Betrieb geltenden Tarifverträgen zu klären.

Unabhängig davon müssen jedoch die Grenzen jeder tariflichen Regelung über Kündigungsbeschränkungen gesehen werden. In einem zur Liquidation anstehenden Unternehmen werden sie Makulatur, wenn schlichtweg das Geld für Lohnzahlungen nicht mehr zur Verfügung steht. Die dabei sichtbare ökonomische Grenze jedes Arbeitnehmerrechts wirkt sich naturgemäß auf die Druckmöglichkeiten einer kampfentschlossenen Belegschaft aus. (...)

Diese Schwäche im zur Schließung anstehenden Betrieb macht gleichzeitig deutlich, daß zum wirksamen ökonomischen Druck die Einbeziehung der Belegschaften anderer Betriebe unerläßlich ist, (falls es sich nicht um den einzigen Betrieb eines Unternehmens handelt).

3.1.2 Mit der Frage des tariflich regelbaren und damit legal erkämpfbaren Zieles ist aber nicht automatisch die Frage der möglichen Kampfform entschieden. Nach herrschendem Arbeitskampfrecht dürfte dies ausschließlich eine „normale" Arbeitsniederlegung sein.

Zwar ist es grundsätzlich durchaus möglich, Betriebsbesetzungen gegen ungerechtfertigte Arbeitsplatzvernichtung mit dem Argument der Notwehr zu rechtfertigen. Das entspricht jedoch nicht der herrschenden Meinung im Arbeitskampfrecht der Bundesrepublik Deutschland. Auch in dem von Däubler herausgegebenen Handbuch des Arbeitskampfrechts heißt es, daß „nur in Ausnahmesituationen ein Recht zur Besetzung als Notwehrrecht in Frage kommen dürfte" (Arbeitskampfrecht, Randnr. 428).

Das wird durch einen Blick über die Grenzen bestärkt: Sowohl in Frankreich als auch in Italien als auch in Großbritannien wird die Betriebsbesetzung durchweg als rechtswidrig eingestuft (eine andere Frage ist, ob und inwieweit Unternehmer und Staat dies gerichtlich und polizeilich geltend machen).

Das heißt für die Frage der Übernahme (und natürlich erst recht der Ausrufung) einer Betriebsbesetzung durch eine Gewerkschaft: „Die Gewerkschaft hat die Möglichkeit, einen einmal ausgebrochenen (wilden) Streik zu übernehmen, ihn sich gewissermaßen nachträglich zu eigen zu machen. Die Übernahme eines Streiks heilt allerdings nur den Mangel, der in der fehlenden gewerkschaftlichen Beteiligung liegt.

Ist der Streik auch aus anderen Gründen rechtswidrig, so bleiben diese bestehen. Im konkreten Fall war also eine Legalisierung davon abhängig, daß man eine Forderung erhob, die sich innerhalb des anerkannten Bereichs der Tarifautonomie bewegt und daß man überdies gegebenenfalls bereit war, die Betriebsbesetzung als solche auf Verlangen des Arbeitgebers zu beenden." (W. Däubler, in „Wer kämpft, kann verlieren, ... S. 193 f.)

Demgemäß heißt es zu der bei der AG Weser diskutierten Sicherung der Arbeitsplätze durch Tarifvertrag: „Die Übernahme dieses Tarifvertrages durch die Gewerkschaft hätte bei gleichzeitigem Abbruch der Betriebsbesetzung keinerlei ins Gewicht fallenden rechtlichen Risiken mit sich gebracht." (a.a.O., S. 195)

Zu den Grenzen tariflicher Regelungen gegenüber Betriebsschließungen ist das unter 3.1.1 Gesagte zu berücksichtigen.

3.1.3 Eine rechtswidrige Betriebsbesetzung kann im übrigen die Möglichkeit der Strafverfolgung nach sich ziehen. (z.B. Hausfriedensbruch).

3.1.4 Jede Einschätzung der Durchführung einer Betriebsbesetzung muß also ins Kalkül ziehen, daß diese von staatlichen Gerichten als rechtswidrig behandelt werden würde. Damit stehen für die Teilnehmer an einer solchen Betriebsbesetzung stets die Sanktionsmittel des Unternehmens ins Haus: Schadenersatz und Kündigung mit besonders handfesten Konsequenzen des Verlustes von Sozialansprüchen.

Eine Gewerkschaft, die eine Betriebsbesetzung übernehmen möchte, muß demnach gleichfalls mit Schadenersatz rechnen bzw. damit, daß ihr die Fortführung durch einstweilige Verfügung untersagt wird.

Aufgrund des Hausrechts des Unternehmens kann eine Räumung durch die Polizei veranlaßt werden. Wenn dies auch möglicherweise im Einzelfall von der Polizei nicht polizeirechtlich angegangen wird, so kann dies letztlich durch Vollstreckung einer zivilrechtlichen Räumungsverfügung erfolgen.

Zwar wird deutlich, daß man als Interessenvertretung nicht einfach „Nein“ sagen kann, sondern zumindest moralisch Unterstützung geben muß, aber ins Arsenal der „normalen“ Arbeitskampfmittel soll die Betriebsbesetzung nicht aufgenommen werden.

Sicher muß man der Illusion entgegentreten, daß Betriebsbesetzungen **das** Kampfmittel der Zukunft darstellen, sicher ist eine Gesamtstrategie nötig — aber ein solcher Beschluß richtet sich **praktisch** gegen die Organisierung von Betriebsbesetzungen als **ein** Kampfinstrument der Belegschaften.

Wenn dann festgehalten wird, daß „die augenblickliche Bestandsaufnahme nur eine Zwischenbilanz (ist)“ (S. 19) und eine „Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Widerstandsformen ... maßgeblich von den Auswirkungen der Strukturkrisen und ihrer Bewältigung beeinflußt werden“ (S. 19) so stehen für die klassenkämpferischen Kräften vor wichtigen Aufgaben:

1. Tatsächlich dafür zu sorgen, daß Konzern- und branchenübergreifend Abwehrkämpfe organisiert werden.

2. Dafür zu sorgen, daß betrieblicher Widerstand tatsächlich durch überbetriebliche Aktionen „ergänzt“ werwird, dafür sind dann auch die verschiedenen Gliederungen der IGM bis hin zum Vorstand in die Pflicht zu nehmen.

3. Die Kämpfe — und nicht nur die „Kritik“ — tatsächlich gleichermaßen gegen Unternehmer und Staat zu orientieren, um damit

4. „Jene Verbindung von betrieblicher und tariflicher Mobilisierung (zu erreichen) die allein die Durchsetzungschancen unserer autonomen tarifpolitischen Forderungen sichern kann“ (S. 24), wie es der Beirat so schön formuliert.

Folgende Aufstellung über die Betriebsbesetzungen der letzten Jahre haben wir dem Buch „Unser Beispiel könnte ja Schule machen“ entnommen. Das Buch dokumentiert den Kampf der Mönninghoff-Belegschaft. Es ist im Bund-Verlag erschienen und von Otto König, Adi Ostertag und Hartmut Schulz herausgegeben.

Betriebsbesetzungen der letzten Jahre

1976

VFW Fokker in Speyer, 1 500 Beschäftigte, 3 Tage Besetzung wegen Massenentlassungen, die verhindert werden konnten.

Hapra Druck, Darmstadt, 500 Beschäftigte, 3 Tage Besetzung der Tore und der Verwaltung wegen Massenentlassung. Vetorecht bei Entlassungen erkämpft.

1977

Schönrock Maschinen, Hamburg, 50 Beschäftigte, 1 Tag Besetzung wegen Lohnschulden und Schließungsgerüchten. Löhne wurden bezahlt, Belegschaft reduziert.

Becker-Chemie, Brake, 108 Beschäftigte, 2 Monate Torbewachung und Betriebsbesetzung wegen Konkurs. Der Betrieb wurde geschlossen.

1979

Jade-Werft, Wilhelmshaven, 1 Tag Betriebsbesetzung wegen Betriebsschließung.

1980

Sauerwald, Köln, 28 Beschäftigte, 3 Wochen Betriebsbesetzung wegen Lohnschulden. Der Betrieb wurde geschlossen.

Enka, Kassel, 840 Beschäftigte, zweimal 2 Tage Betriebsbesetzung. Schließung wurde vertagt.

1981

Kreidler, Stuttgart, 1 400 Beschäftigte, 2 Tage Torblockade wegen Schließungsabsicht. Der Betrieb wurde geschlossen.

Haas & Sohn, Sinn, 830 Beschäftigte, 1 Tag Torblockade wegen Konkurs. Der Betrieb wurde geschlossen.

VDM, Frankfurt, 1 700 Beschäftigte, 7 Tage Torblockade wegen Schließungsabsicht. Besserer Sozialplan, Betrieb wurde geschlossen.

1982

Videocolor, Ulm, 1 630 Beschäftigte, 3 Wochen Betriebsbesetzung wegen Schließungsabsicht. Besserer Sozialplan, Bezahlung der Streiktage, Betrieb wurde geschlossen.

Rockwell-Golde, Frankfurt, 340 Beschäftigte, 5 Tage Betriebsbesetzung wegen Massenentlassung. Entlassungen wurden reduziert.

Mannesmann-DEMAG, Frankfurt, 630 Beschäftigte. Mehrere Tage Torblockade wegen Produktionsverlagerung, die durchgeführt wurde.

1982

Alu-Neumair, Offenburg, 300 Beschäftigte, 4 Tage Betriebsbesetzung wegen Schließungsabsicht. Betrieb blieb erhalten, aber Massenentlassungen.

Klimsch & Co., Frankfurt, 650 Beschäftigte, kurze Torblockade wegen Massenentlassungen. Einige Entlassungen wurden verhindert.

Overmeyer & Busch, Osnabrück, 236 Beschäftigte, Betriebsbesetzung wegen Stillegung, die um 3 Monate hinausgeschoben wurde.

Industriedruck, Taunusstein, 92 Beschäftigte. 6 Tage Betriebsbesetzung wegen Massenentlassungen, die nicht verhindert wurden.

Olympia, Leer, 700 Beschäftigte, Besetzung der Verwaltung wegen Betriebsschließung. Der Betrieb wurde geschlossen.

Seidel-Spielwaren, Zirndorf, zweitägige Betriebsbesetzung wegen Konkurs. Der Betrieb wurde geschlossen.

Heckel-Draht, Saarbrücken, 213 Beschäftigte. Dreiwöchige Betriebsbesetzung wegen Betriebsschließung, die erfolgte.

Enka, Kassel, 840 Beschäftigte, viertägige Torblockade und Betriebsbesetzung wegen Schließungsabsicht. Schließung weiterhin beabsichtigt.

1983

Intercolor, Paderborn, 80 Beschäftigte, Blockade des Fotolabors.

Alkan, Ludwigshafen, 330 Beschäftigte, Blockade der Elektrolyse-Öfen.

Nona-Kleiderfabrik, Dortmund, 70 Beschäftigte, Blockade der Werkstore.

Kleiderfabrik Bücking, Alsfeld, 350 Beschäftigte, Besetzung.

Mönninghoff, Hattingen, 1000 Beschäftigte, 10 Tage Blockade der Tore.

Glücksklee, Würzburg, Besetzung über ein Wochenende.

Arendt, Seersheim, 96 Beschäftigte, 5 Tage Betriebsbesetzung wegen Schließung. Der Betrieb wurde geschlossen.

Gebr. Hofmann, Eibelstadt, 130 Beschäftigte, befristete Besetzung.

Howaldt-Werke Deutsche Werft, Hamburg, 4000 Beschäftigte, neuntägige Besetzung wegen Massenentlassungen, die erfolgten.

AG Weser, Bremen, 2 200 Beschäftigte, achttägige Besetzung wegen Betriebsschließung, die erfolgte.

1984

Fa. Meteor, Blaustein, kurze Betriebsbesetzung wegen Schließung, die verhindert werden konnte.

Mönninghoff, Hattingen, 791 Beschäftigte, 1 Woche Torblockade und 4 Wochen Betriebsbesetzung wegen Betriebsschließung. Der Betrieb wurde geschlossen.

Kasten 2

Handlungsperspektiven gegen Arbeitsplatzabbau

Aus dem Beiratsbeschluß

Insofern müssen auch die folgenden politischen Aspekte gesehen werden.

- Die Signalwirkungen, die von einer Betriebsbesetzung an die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit ausgehen und deutlich machen, daß die Grenzen der Sozialverträglichkeit erreicht sind und
- die Demonstration gegenüber anderen Arbeitgebern, daß Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland nicht bereit sind, sich kampflos zum „fügsamen Befehlsempfänger“ unternehmenspolitischer Entscheidungen degradieren zu lassen.
- Das in den Notwehraktionen von Belegschaften und Regionen zum Ausdruck gekommene Selbstbewußtsein, auch bei nur geringen Erfolgschancen Widerstand geleistet zu haben, ist Ausdruck eines ungebrochenen Kampfeswillen.
- Auch wenn zur Zeit kein zusätzliches, rechtlich abgesichertes und in diesem Wirtschaftssystem erfolgversprechendes Widerstandskonzept vorgelegt werden kann, muß und wird die IG Metall alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ihre Schutz- und Führungsfunktion im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Betrieben, Branchen und Regionen zur Geltung zu bringen.
- Die Stärkung der gewerkschaftlichen Schlagkraft im Kampf gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung ist ein ständiger notwendiger Prozeß. Daher ist die augenblickliche Bestandsaufnahme nur eine Zwischenbilanz. Eine Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Widerstandsformen wird maßgeblich von den Auswirkungen der Strukturkrisen und ihrer Bewältigung beeinflußt werden.

5.1.2 Es sind also nicht nur die rechtlichen (und ökonomischen) Grenzen von Betriebsbesetzungen, es sind vielmehr auch praktische Erfahrungen aus den betrieblichen Abwehrkämpfen der Vergangenheit, die es nahelegen, eine Perspektive des gewerkschaftlichen Widerstands gegen Arbeitsplatzvernichtung zu suchen

- nicht in der Eskalation eines isolierten betrieblichen Konfliktes,
- sondern in der Verbreitung des Abwehrkampfes über die Grenzen des betroffenen Betriebes hinaus.

Zwei Handlungsansätzen kommt in diesem Zusammenhang eine richtungsweisende Bedeutung zu:

Das ist zum einen die Unterstützung des betrieblichen Abwehrkampfes auf Unternehmens-, Konzern- und Branchenebene. (...)

Das ist zugleich eine Herausforderung für die gewerkschaftliche Organisationspolitik, die versuchen muß, die Arbeitnehmer in Krisenunternehmen und Krisenbranchen auf gemeinsame Abwehraktionen und Widerstandslinien einzuschwören.

Hinzukommen muß zum anderen die Unterstützung von betrieblichen Abwehrkämpfen auf der örtlichen und auf der regionalen Ebene. (...)

In der Zukunft wird es darum gehen müssen, erste Schritte zu offensiven Methoden und Zielen des regionalen Widerstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung zu formulieren und zu praktizieren. (...)

5.2 Erweiterte gewerkschaftliche Handlungsperspektiven, die Ergänzung des betrieblichen Abwehrkampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung durch gemeinsamen Widerstand auf überbetrieblicher Ebene, müssen Hand in Hand gehen mit erweiterten gewerkschaftlichen Forderungsperspektiven, mit der Ergänzung von defensiven Schutzforderungen zum Erhalt vorhandener Arbeitsplätze durch offensive Gestaltungsforderungen nach Schaffung von zukunftssicheren Ersatzarbeitsplätzen.

5.2.1 Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß in der Beschäftigungskrise die Kluft zwischen subjektiven Erwartungen der Mitglieder an die Organisation und objektiven Schranken der gewerkschaftlichen Schutzfunktion besonders kraß ist.

Es kann nicht übersehen werden, daß die Forderung nach einer Übernahme von Betriebsbesetzungen als gewerkschaftliches Kampfmittel von der Organisation aus rechtlichen und ökonomischen Gründen nicht erfüllt werden kann. Beiden Aspekten gemeinsam ist die Gefahr, daß die kapitalistische Beschäftigungskrise in eine gewerkschaftliche Legitimationskrise führt. Das darf jedoch nicht zu Resignation oder gar zur Abkehr von der Gewerkschaftsbewegung führen.

Wir müssen dadurch gegensteuern, daß die Verantwortlichen für die Entstehung und für die Überwindung beschäftigungspolitischer Fehlentwicklungen den betroffenen Arbeitnehmern unmißverständlich bewußt gemacht werden:

In der herrschenden Wirtschaftsordnung haben die Unternehmer die Verfügungsgewalt über Produktion und Preise, über Investitionen und Arbeitsplätze. Von der herrschenden Wirtschaftspolitik werden die Gewinninteressen des Kapitals eindeutig bevorzugt und die Arbeitsplatzinteressen der abhängig Beschäftigten einseitig vernachlässigt. Die Kritik an den beschäftigungspolitischen Fehlentwicklungen und die Forderungen nach Wiederherstellung der Vollbeschäftigung müssen sich deswegen gleichermaßen gegen Unternehmer und gegen den Staat richten. Das gilt nicht nur in der globalen Auseinandersetzung mit betrieblicher Arbeitsplatzvernichtung und Stillegungen.

Abschied von der 40-Stunden-Woche?

Ab 1. April gilt für 4,2 Millionen Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie und Druckindustrie die 38,5-Stunden-Woche. Die IG Metall feierte in Frankfurt mit einer Kundgebung „Abschied von der 40-Stunden-Woche". Der Unternehmerverband Gesamtmetall sieht den Erfolg bei der Umsetzung des Tarifvertrages eher auf seiner Seite: 65 Prozent der Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie seien von der Flexibilisierung erfaßt.

Auf der Frankfurter Kundgebung sprach IGM-Vorstandsmitglied Hans Janßen im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf und der Umsetzung von Betrieb zu Betrieb von einem „Erfolg für die IG Metall, mit dem selbst die Skeptiker in den eigenen Reihen nicht gerechnet" hätten. 95 Prozent der Metallbeschäftigten arbeiteten laut Janßen ab 1. April 38,5 Stunden.

Janßen bzw. die IGM-Führung beziffern die „Flexi-Komponente" mit 5 Prozent allerhöchstens 10 Prozent. Zu dieser optimistischen Beurteilung kommt man, falls die von der IGM genannten Zahlen tatsächlich bereits als gesichert gelten können, wenn man unter Flexibilisierung ausschließlich die Differenzierung der Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden versteht. Gesamtmetall aber sieht auch in der Freischichtenregelung und in allen Regelungen, die eine unterschiedliche Verteilung der Arbeitszeit auf die Werktage vorsehen, so daß die vertragliche Arbeitszeit erst im Durchschnitt von zwei Monaten erreicht wird, Flexibilisierungsregelungen. Gesamtmetall gibt zu, daß eine von 38,5 Stunden abweichende durchschnittliche Wochenarbeitszeit höchstens für 10 Prozent der Beschäftigten vereinbart wurde.

Insofern betreibt Gesamtmetall Schaumschlägerei; denn unbestreitbar wurde von den Unternehmern gerade auf die Differenzierungsmöglichkeit der Arbeitszeit besonderes Gewicht gelegt. Tatsächlich geht von der Aufspaltung der Beschäftigten in Arbeitszeitgruppen, was zwangsläufig mit weiterem Auseinanderklaffen der Lohndifferenzierung verbunden ist, eine besondere Gefahr aus. Insofern wäre es tatsächlich ein Erfolg, wenn es in der Auseinandersetzung um die Umsetzung des Tarifvertrages gelungen wäre, diese Differenzierung der individuellen Arbeitszeit im wesentlichen zu verhindern. Vor leichtfertigem Optimismus muß aber gewarnt werden. Die bloße Feststellung, daß nur 5—10 Prozent der Beschäftigten künftig eine von 38,5 Stunden abweichende Arbeitszeit haben werden, verharmlost das Problem. Hinter dieser generalisierenden quantitativen Betrachtungsweise verschwinden qualitative Tatsachen, die nun die tarifpolitische Landschaft prägen und so ohne weiteres nicht mehr rückgängig zu machen sind. Wenn etwa in einigen wichtigen Betrieben die Differenzierung der Arbeitszeit Realität ist, zum Bestandteil des betrieblichen Ablaufs und der Interessenlage bestimmter Beschäftigtengruppen geworden ist, wird das für die künftige Tarifpolitik ein erhebliches Problem darstellen, auch wenn der Anteil der unmittelbar von dieser Differenzierung berührten Kolleginnen und Kollegen gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten ziemlich gering ist.

Weiter ist nicht zu bestreiten, daß Freischichtregelungen ein Flexibilisierungsmoment im Sinne der Anpassung der tatsächlichen Arbeitszeit an die Schwankungen des Arbeitsanfalls enthalten. Dieses Element ist um so stärker, je größer der Spielraum der Unternehmer für die Gewährung der Freischichten ist. Man wird das etwa daran sehen können, daß bestimmte Freischichtenregelungen zum Abbau von zuschlagpflichtigen Überstunden führen — und zwar nicht als Folge konsequenten gewerkschaftlichen Handelns gegen Überstunden, sondern deshalb, weil infolge der besseren Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall nun Arbeit, die früher außerhalb der Normalarbeitszeit durch Überstunden erledigt werden mußte, jetzt ohne Neueinstellungen im Rahmen der normalen Arbeitszeit geschafft wird, also durch Leistungsverdichtung.

Schließlich ist die Festparole „Abschied von der 40-Stunden-Woche" auch deshalb mit einigen Fragezeichen zu versehen, weil in einem Großteil der Betriebe die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit weiterhin 40 Stunden beträgt, auch in sehr vielen Betrieben, in denen die 38,5 Stunden für alle vereinbart wurden; denn oft — wahrscheinlich sogar überwiegend — stehen die 38,5 Stunden als wöchentliche Arbeitszeit nur auf dem Papier, während in der Praxis die 40-Stunden-Woche weitergefahren wird, um die Arbeitszeitverkürzung durch Freischichten erreicht wird.

Ob daraus ein tatsächlicher Abschied von der 40-Stunden-Woche als wohl noch überwiegender wöchentlicher Arbeitszeit werden wird, wird von dem weiteren Kampf der IG Metall abhängen. Hier ist der Blick schon auf 1986 gerichtet. In dem Zusammenhang hört man es gern, wenn Hans Mayr auf der Frankfurter Kundgebung das Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bekräftigt.

Ungern hört man allerdings das Geraune, das aus der Frankfurter Vorstandsetage dringt, demzufolge es heftig umstritten ist, ob die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich 1986 wieder in den Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzung stehen soll.

Für eine abschließende Beurteilung der Umsetzung des Tarifvertrages wird es wohl noch einige Wochen brauchen. Die bisher von der Führung der IG Metall vorgelegten Fakten reichen dazu keineswegs aus. In ihr finden wir die zahlreichen und komplizierten Probleme nicht wieder, die betrieblich aufgetreten sind und auch festgeschrieben wurden. Daß der Leberknödel sich nun doch noch als „einmaliger Erfolg" herausgestellt hat, ist kaum anzunehmen. Notwendig aber ist eine realistische Bilanz der Umsetzung mit all ihren Problemen, um für 1986 eine Linie festlegen zu können, die auch die negativen Auswirkungen der Leber-Schlichtung so weit wie möglich wieder ausbügeln kann.

Dazu gehört vor allem, daß die Flexibilisierungselemente, die unbestreitbar hingenommen werden mußten, möglichst wieder verschwinden müssen, was sicherlich äußerst schwierig werden dürfte.

In diesem Zusammenhang alarmiert eine Äußerung Hans Mayrs von der Frankfurter Kundgebung, die die „Frankfurter Rundschau" wie folgt wiedergibt: „Mayr forderte allerdings die eigene Organisation auf, die Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft der Mitglieder weiter zu verbessern. Dafür sei es wichtig, den Begriff der „Arbeitszeitflexibilisierung" mit gewerkschaftlichen Forderungen „positiv zu besetzen". Mayr benutzte die Gelegenheit, diese neue tarifpolitische Linie näher zu beschreiben. Die Forderung nach einer „Flexibilisierung" sei für die Arbeitgeber Bestandteil einer Rationalisierungspolitik, die auf die totale Unterordnung des Menschen unter den Markt und unter die Maschine hinauslaufe. Die Gewerkschaft müsse diesem Konzept der Fremdbestimmung eines der „Selbstbestimmung über Lage und Verteilung der Arbeitszeit innerhalb eines tarifvertraglich abgesteckten Rahmens" entgegenstellen." (FR., 1.4.85)

Als Frontstellung gegen die Flexibilisierung kann man das wohl kaum bezeichnen. Hans Mayr rückt von der Position der Verteidigung einheitlicher Tarifverträge ab — und zwar mit einer demagogischen Argumentation, wie man sie normalerweise vom Grafen Lambsdorff zu hören bekommt oder vom Wirtschaftsflügel der Unionsparteien.

Von welcher Art „Selbstbestimmung über Lage und Verteilung der Arbeitszeit" redet Hans Mayr? Was steht der Selbstbestimmung des Arbeiters im Kapitalismus entgegen? Doch wohl die Tatsache, daß der Kapitalist über die Produktionsmittel verfügt und daß der Arbeiter deshalb, um existieren zu können, darauf angewiesen ist, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen.

Was ist, besonders in Zeiten mit millionenfacher Arbeitslosigkeit, im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse der einzige Schutz des Arbeiters davor, daß die Fremdbestimmung durch die Kapitalsinteressen total und völlig uneingeschränkt ist? Es ist die Tatsache, daß die Arbeiter sich organisieren, in Gewerkschaften zusammenschließen, um einheitliche Verträge zur Regelung der Löhne, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Jedes Abgehen von einheitlichen Tarifverträgen steigert die Fremdbestimmung der Arbeiter durch die Kapitalinteressen. Entgegen der Propaganda der Unternehmer und der reaktionären Wirtschaftsliberalen: nicht Gewerkschaften und starre Tarifverträge, sondern der Kapitalismus verhindern die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse.

Hans Mayr stellt hier Weichen. Für ihn steht fest, daß die weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit weiterer Flexibilisierung verbunden sein wird, weil sie sonst für die Unternehmer nicht akzeptabel ist. Hans Mayr weiß, was die Kapitalisten wollen: einen kleinen Teil der hochqualifizierten Arbeiter und Angestellten eng an das Unternehmen binden, den Großteil der wenig Qualifizierten immer weiter herabdrücken. Das entspricht der optimalen Nutzung der durch die neuen Technologien gegebenen Möglichkeiten zur Verschärfung der Ausbeutung. In diese Richtung wird jede Aufweichung der Tarifverträge durch Flexibilisierung wirken.

Gegen diese Orientierung muß schon heute mit Blick auf 1986 der Kampf organisiert werden: die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich muß her, die Flexibilisierung muß weg!

— Kommentare —

Notfalls bis zum höchsten Gericht?

„Notfalls bis zum höchsten Gericht" will der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe gehen. Durchsetzen will er auf diese Weise, daß die auf 5 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes begrenzte kürzlich abgeschlossene Vorruhestandsregelung vorrangig für Mitglieder der IG Chemie gelten soll.

Die Forderung, daß Vorteile aus Tarifverträgen nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten sollen, wird von rechten Funktionären immer wieder in die Debatte gebracht.

Eine Gewerkschaft aber, die weiß, daß sie in der Lage sein muß, alle Beschäftigten in einen Arbeitskampf zu führen, kann unmöglich einen solchen Weg zur Behandlung der Nichtorganisierten einschlagen. Der Organisationsgrad der IG Chemie ist durchaus nicht dazu angetan, diesen Weg als realistisch erscheinen zu lassen.

Weiter muß klar sein, daß, wenn Rappe in einem höchstrichterlichen Urteil Recht bekäme, die Gefahr bestünde, daß damit die gesamte Rechtsprechung in Sachen ‚positive und negative Koalitionsfreiheit' beeinflußt wird. Etwa in der Frage, ob es den Unternehmern erlaubt werden könnte, ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder auszusperren. Ein solcher Vorstoß müßte also seitens der Gewerkschaften unbedingt mit einer politischen Mobilisierung gegen die Gefahr einer solchen reaktionären Tendenzwende in der Arbeitskampfrechtsprechung verbunden sein.

Schließlich stellt sich die Frage, warum Rappe einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, in dem die Anwendung anderer Kriterien als Dauer der Betriebszugehörigkeit und Lebensalter ausgeschlossen wird, wenn er zusätzlich das Kriterium Gewerkschaftsmitgliedschaft als vorrangig verankern will. Denkt die IG-Chemie-Führung nur von 12 bis Mittag? Oder will sie sich angesichts der relativ breiten Unzufriedenheit mit dem Abschluß nun nachträglich als Verfechterin der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder aufspielen?

Die Frucht des Verrats

Die derzeitige Jahresförderung von 240 Millionen Tonnen Steinkohle in den EG-Ländern soll bis 1990 um 15 Prozent reduziert werden. Ab 1987 sollen die Kokskohlebeihilfe, die Bergmannsprämien und die Beihilfen für strategische Reserven nicht mehr gezahlt werden. 145000 Arbeitsplätze sollen im EG-Steinkohlebergbau bis 1990 vernichtet werden. So steht es in einem von der EG-Kommission vorgelegten Papier.

Der Streik der NUM konnte das unmittelbare Ziel, die Zechenstillegungspläne der britischen Regierung zu verhindern, nicht erreichen. Unter anderem deshalb nicht, weil die britische Regierung und die staatliche Bergwerksgesellschaft sich des internationalen Streikbrechertums bedienen konnte. Dabei hat die IGBE-Führung mit Adolf Schmidt an der Spitze die wohl unrühmlichste Rolle gespielt. Sie tat alles, um den Streik der NUM zu schwächen, die NUM politisch zu isolieren und die Streikbrecherkohle nach England zu bringen.

Die nationalistisch bornierte Spekulation von Adolf Schmidt und seinesgleichen war klar: wenn auf die britischen Pütts der Deckel kommt, dann wäre eine Stärkung der internationalen Stellung des westdeutschen Steinkohlebergbaus die Folge. Nur: so geht es im Imperialismus nicht zu.

Wenn die britische Kohlebehörde durch die Schließung aller unrentablen Pütts einen gewaltigen Produktivitätsfortschritt durchsetzen wird, dann wird die Konkurrenz den Steinkohlebergbau in allen anderen Ländern zu einem neuen Rationalisierungsschub zwingen. So war das gemeinsame Interesse der westdeutschen und britischen Bergarbeiter von Anfang an ersichtlich — es sei denn für nationalistische Arbeiterverräter vom Schlage Adolf Schmidts, die für die Interessen der Arbeiterklasse blind sind, weil sie das Interesse „ihrer" nationalen Wirtschaft und damit auch „ihrer" Kapitalisten im Auge haben.

Die fortgeschrittene Vernetzung der imperialistischen Volkswirtschaften in der EG beschleunigt die Sache nun. Die Entschlossenheit der Thatcher-Regierung zur Kahlschlagsanierung in den britischen Revieren, mindert natürlich in erheblichem Umfang ihre Bereitschaft, sich an der Finanzierung von EG-Subventionen zu beteiligen, deren Zweck die Aufrechterhaltung der jetzigen Förderkapazitäten in den anderen EG-Ländern ist.

Adolf Schmidt findet das EG-Papier selbstredend „hochgefährlich", versucht die Kumpels zu beruhigen, es sei ja kein offizielles Papier, Kanzler Kohl hätte auf dem IGBE-Gewerkschaftstag schließlich das Festhalten an der Kohlevorrangpolitik versprochen. Jetzt soll die Bundesregierung die „nationalen Interessen" in der EG deutlich machen, wo doch die Thatcher-Regierung nichts anderes tut, als die „nationalen Interessen" der britischen Imperialisten deutlich zu machen.

Der EG-Plan zur Förderungsdrosselung wird kommen. Das ist so sicher wie das Ja Adolf Schmidts zur nächsten Zechenschließung. Der Stein, den Schmidt und Konsorten gegen die NUM erhoben haben, wird auf die westdeutschen Kumpels fallen, wenn in der IGBE nicht endlich Kräfte aufstehen, die dem Nationalchauvinismus eine klare Absage erteilen, und erkennen, daß nur internationale Bergarbeitereinheit im Kampf gegen die internationalen „Anpassungsmaßnahmen" der Monopole erfolgreich sein kann.

Spalterei am 4. Mai —

Warum es am 4. Mai nicht zu einer gemeinsamen Demonstration der gesamten Friedensbewegung kommt

Anfang Mai häufen sich wichtige Anlässe. Am 8. Mai jährt sich zum 40. Mal der Tag der Beendigung des zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus. Am 5. Mai ist die BRD 30 Jahre in der NATO und vom 2.—4. Mai tagt in Bonn das Gruselkabinett des Weltwirtschaftsgipfels mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Angesichts dieser Tatsachen wäre eine einheitliche, zentrale Großdemonstration der Friedens- und demokratischen Bewegung am Samstag, dem 4. Mai, notwendig. Stattdessen wird es am 4. Mai vier Demonstrationen geben. In Köln, Hamburg und Frankfurt Demonstrationen zum 40. Jahrestag der Befreiung, in Bonn eine Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel.

Was ist im einzelnen geplant?

Zu den Aktionen in Köln, Hamburg und Frankfurt ruft eine von der VVN ins Leben gerufene „Initiative 8. Mai" auf. Diese Demonstrationen greifen zentral in die innenpolitische Auseinandersetzung darüber ein, wie der 8. Mai begangen werden soll. Die Initiative stellt klar, daß — während der 8. Mai für die Industriellen und Militaristen der Tag der Niederlage, der Kapitulation, des „verlorengegangenen Krieges" war und ist — er für die antifaschistisch-demokratische Öffentlichkeit der BRD der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg ist.

Während Kohl und die Bundesregierung in den letzten Monaten eifrig bemüht waren, eine Neuauflage der Normandiefeier der Alliierten auf bundesdeutschem Boden zu verhindern oder gar das Schreckgespenst eines amerikanisch-sowjetischen Treffens an der Elbe (in Erinnerung an das Zusammentreffen von Roter Armee und US-Army) an die Wand malten, während Mitterand alles zu unterlassen gedenkt, „was die Seele der Deutschen kränken könnte" und Reagan dieser Tage versicherte, das „Ehrgefühl der Deutschen nicht zu verletzen" und deshalb kein ehemaliges KZ zu besuchen, stellt der Aufruf der Initiative zum 8. Mai fest, daß der 8. Mai '45 für uns ein Auftrag ist, nie wieder zuzulassen, daß Krieg und Faschismus von deutschem Boden ausgehen. Also Auftrag zum Kampf gegen nukleare Erstschlagwaffen, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus.

Selbst wenn der Aufruf zu diesen Aktionen die gute alte Zeit der Entspannungspolitik wieder zurückwünscht, bezieht er doch in dieser wichtigen innenpolitischen Kontroverse einen notwendigen Gegenpol gegen die Kampagne von Reaktion und Revanchisten. Um so mehr, wenn mensch sich noch einmal die Auseinandersetzungen um das Motto des Schlesiertreffens vor Augen hält und bedenkt, daß Kohl auf diesem Meeting revanchistischer Provokateure („Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker") sprechen wird; um so mehr auch weil der SPD-Vorstand schon einen Kotau vor der politischen Mobilisierung der Reaktion vollzogen hat: der Parteivorstand der SPD will am 8. Mai nicht nur der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer gegen Hitler, sondern auch der „Sozialdemokraten im Widerstand gegen die Gewaltherrschaft im Osten unseres Landes" gedenken, wozu der 8. Mai 45 mit 20 Millionen toter Sowjetmenschen freilich ein vortrefflicher Anlaß ist. Für sich genommen, isoliert betrachtet, haben wir also keinerlei Schwierigkeiten mit den Demos der VVN-Initiative, finden sie unterstützenswert.

Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Isoliert betrachtet ist das Ganze aber höchstens die halbe Wahrheit. Denn: Am 2. - 4. Mai treffen sich in Bonn die Regierungschefs der USA, der BRD, Britanniens, Frankreichs, Italiens, Canadas und Japans zu ihrem Weltwirtschaftsgipfel. Für Kohl die richtige Runde, um im würdigen Rahmen den 8. Mai zu begehen, bemühte er sich doch um die Verlegung des zunächst für Juni terminierten Weltwirtschaftsgipfels (WWG) in die Nähe des 8. Mai. Hier kann sich Birne im Kreis der „demokratischen Herren" der Weltwirtschaftsordnung präsentieren. Hier hat Reagan, der Regisseur der Angriffskriegsvorbereitungen gegen den Warschauer Vertrag, der Aggressor gegen das freie Nicaragua schon im Vorfeld klargemacht, daß „die" Deutschen, genau wie er, „heute gute Demokraten" sind.

Also hier treffen sich die Demokraten, die für sich das Vorrecht reklamieren, auf Kosten der Hungernden und Unterdrückten in aller Welt den Gang der Weltwirtschaft zu bestimmen, die Herren einer Weltwirtschaftsordnung, die den Entwicklungsländern ihre Rohstoffe zu Billigstpreisen abnehmen und durch ihre Kredite (v. a. unter denen vom Internationalen Währungsfonds diktierten Bedingungen — hie eine Hungerkatastrophe, da ein Militärputsch) und die folgenden Zinslasten den größten Teil des Nationaleinkommens dieser Länder zu Quellen von Superprofiten der imperialistischen Länder zu machen. Sieben der acht Länder, die sich in Bonn treffen, sind Mitglieder der NATO — mit Japan bestehen gesonderte militärische Beistandsabkommen. In Bonn ist also auch der harte Kern dieses aggressiven Kriegsbündnisses vertreten.

Als am 10.6.82 der NATO-Gipfel in Bonn tagte und Reagan sich die Ehre gab, demonstrierten dagegen 400000 Leute in Bonn. Heute ist Reagans Aufkreuzen in Bonn nicht minder eine Provokation der Friedensbewegung und Anlaß, massenhaft am Ort des Geschehens, am 4. Mai in Bonn zu demonstrieren.

Reagan bringt im Gepäck für den WWG seine Pläne für Star-Wars mit, das von ihm mit dem ihm eigenen Zynismus „strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) genannt wird, das „größte Rüstungsprogramm seit Christi Geburt" — und just etwa zur Zeit des WWGs läuft das 60-Tage-Ultimatum des US-Kriegsministers Weinberger ab, wo sich die Staaten Westeuropas erklären sollen, ob sie an SDI „mitforschen" wollen. Und wie die forschen wollen! Die Hardthöhe und alle führenden Rüstungskonzerne („die Zukunftstechnologien") haben schon eifrig in den letzten Wochen an einer Studie gebastelt, wie Siemens & Compagnons an SDI mitverdienen können.

SDI ist ein Angriffskriegsobjekt, denn im Schutz der SDI-Satelliten soll der nukleare Totschlag gegen die Sowjetunion möglich werden. SDI ist ein Wahnsinnsprojekt, gegen das Pershing II und Cruise Missiles ausgesprochene Miniaturmaße annehmen, ein Projekt, das allein im „Forschungsbereich" 20 Mrd. Dollar verschlingt und somit das weitere drastische Absinken der Sozialausgaben in den Staatshaushalten der westlichen Länder und damit einen Anstieg der Armut vorprogrammiert.

Der Weltwirtschaftsgipfel sollte also für viele Anlaß sein, in Bonn zu demonstrieren: für die Friedensbewegung, wenn ihr der Auftrag des 8. Mai „Nie wieder Krieg" ernst ist; für die Antifaschisten, denn beim WWG sonnt sich Kohl als Nachlaßverwalter des Deutschen Reichs im Kreis all derer, die sich mit ihm die politischen Zieväter fast jedes faschistischen Regimes auf der Welt sind (Türkei, El Salvador, Südkorea, Philippinen, Südafrika, Chile Paraguay u. a.); und auch für die Gewerkschaftsbewegung, denn vor der „strategischen Verteidigungsinitiative" ist wohl keine Sozialausgabe sicher. Anlaß für wachen, aktiven, lebendigen Antifaschismus.

Dennoch beschränkt sich bis jetzt der Unterstützerkreis für die Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel auf Kreise der unabhängigen Friedensbewegungen und der Grünen. Alle anderen — wie heißen sie noch? — namhaften Organisationen der Friedensbewegung fehlen.

Warum kommt es zu keiner gemeinsamen Demo in Bonn?

Die Träger der VVN-Initiative geben an, daß der weit fortgeschrittene organisatorische Vorbereitungsstand ihnen eine Verlegung ihrer Aktion nach Bonn unmöglich mache. Dies Argument ist allerdings nur vorgeschoben. In Wirklichkeit müssen mehrere Etappen der Spaltung festgehalten werden:

- Am 5./6. Mai 1984 war es auf der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung noch Konsens, anläßlich des 40. Jahrestags der Befreiung und des 30. Jahrestags der BRD-Mitgliedschaft in der NATO eine bundesweite zentrale Aktion der Friedensbewegung zu organisieren.
- Im Herbst 84 nach den letzten Großaktionen der Friedensbewegung (die Jahrestage rückten näher, der WWG und damit Reagans Besuch wurden bekannt) kam es zu „Knülle im Politbüro", zum großen Knatsch im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung. Acht christliche Organisationen setzen durch, daß — um den Preis der Spaltung des Koordinierungsausschusses und damit der gesamten Friedensbewegung — in 1985 keine Großaktionen der Friedensbewegung veranstaltet werden sollen und daß — wenn sie doch unabdingbar erschienen — eine Sperrminorität von 15 Prozent des Koordinationsausschusses ausreichen, damit Aktionen nicht durchgeführt werden. Dieses Vorgehen fand die Unterstützung der sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, die um Peter Glotz in der Bonner Baracke zu einem friedenspolitischen Meeting versammelt waren, bedeutete es doch, daß die Friedensbewegung für '85 zentral paralysiert wurde. Mensch kann diese Vorgänge nicht unabhängig vom Reagan-Besuch sehen.
- Denn: schon 1982 gab es anläßlich der Reagan-Demo erhebliche Schwierigkeiten mit SPD und DKP. Der SPD-Vorstand übte erheblichen Druck aus, am 10.6. keine Demo in Bonn durchzuführen, das DKP-nahe Komitee für Frieden, Abrüstung, Zusammenarbeit (KOFAZ) legte einen Aufruf vor, in dem Reagan so gut wie gar nicht vorkam und Jo Leinens BBU („Eine Torte sagt mehr aus als tausend Worte") warnte vor falschen Personalisierungstendenzen.
- Anstatt sich auf den alten Konsens der Friedensbewegung in Sachen 8. Mai zu berufen, sprachen DKP und VVN mit dem schon aus ähnlichen Bündnissen bekannten Ausschnitt des SPD- und gewerkschaftlichen Spektrums und starteten im Alleingang ihre „Initiative 8. Mai". Damit war aber vorprogrammiert, daß es zu keiner gemeinsamen Demo in Bonn kommen würde.
- Denn die VVN-Initiative machte die Verlegung ihrer Demo von Köln nach Bonn vor allem davon abhängig, daß der „sozialdemokratische Bündnispartner" mitzieht. Der zog aber nirgendwo hin — sondern machte namens des Juso-Landesvorstands NRW schon im Vorfeld deutlich, daß für ihn eine Demonstration am 4. Mai in Bonn gar nicht in Frage kommt.

Die SPD steckt, was die Bonner Demo angeht, in der Zwickmühle. Einerseits will sie sich eine Woche vor den Wahlen in NRW nicht ganz von den Aktionen der Friedensbewegung distanzieren. Andererseits müßte ihr Innenminister Schnoor bei einer sicherlich einsetzenden Hetze gegen die Bonner Demo ein mögliches Verbot der Demonstration polizeilich durchsetzen und unter Beweis stellen, daß die Landesregierung die „Aktion von Staatsfeinden" im Griff habe. Dies könnte aber Stimmenverluste an die Grünen bringen. So heißt also die SPD-Devise: möglichst von vornherein alles in Bonn verhindern.

DKP/VVN — deren Anliegen einer wirklich breiten Thematisierung des 8. Mai wir unterstützen, was sicherlich nicht in allen Teilen der unabhängigen Friedensbewegung so der Fall ist — kann im Zusammenhang mit der Bonner Demonstration der Vorwurf des Opportunismus nicht erspart werden. Sie geben vor dem SPD-Druck klein bei und helfen eine Trennungslinie in der Friedensbewegung (in Köln die Friedensfreunde — in Bonn die Chaoten) aufzubauen und so sich aus der Solidarität der Gesamtbewegung auszugrenzen. Um so wichtiger, daß in den nächsten Wochen in allen Friedensbündnissen über die Demonstration zum WWG diskutiert wird, daß möglichst viele hinfahren und daß zumindest überall Unterstützungs- und Solidaritätsresolutionen verfaßt werden. Darüber hinaus muß aber auch auf allen Demonstrationen zum 8. Mai der Weltwirtschaftsgipfel und Reagans Stippvisite zum Thema gemacht werden.

Begrüßenswerterweise ist wenigstens in der letzten Woche zwischen dem Trägerkreis der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel und den Initiatoren der anderen Demonstrationen ein Redneraustausch für die Kundgebungen vereinbart worden.

4. Mai in Bonn

Bisher feststehende Rahmenplanung

3./4. Mai: **Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Schwerpunkt am Freitag, dem 3. Mai, abschließender Teil — wahrscheinlich Erklärung auf der Demonstration am 4. Mai**

Ort: **Stadthalle Bad Godesberg**

Themen: **40 Jahre Niederschlagung des faschistischen Deutschland; Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die „3. Welt"; Militärstrategische Absicherung der WWO; Auswirkungen der WWO in den Metropolen; Imperialismus und Patriarchat**

Formen: **Das Tribunal soll aus öffentlichen Blöcken mit Prominenten und Arbeitsgruppen, in denen Möglichkeiten des Widerstands diskutiert werden, bestehen.**

Für das Tribunal gibt es den gleichen Trägerkreis wie für die Demonstration. Kräfte um den BBU und DFG/VK planen für den 2. Mai in der Beethovenhalle in Bonn ein eigenes Tribunal, weil sie durch die Unterstützung des Tribunals gegen den WWG nicht in Verbindung mit der Demonstration gebracht werden wollen.

4. Mai: **Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, linksrheinisch**

Meldungen

Stroessner & Mengele

Die paraguayische Regierung hat die weltweite Suche nach dem KZ-Arzt Mengele als eine Kampagne gegen den Präsidenten Paraguays Stroessner bezeichnet. Mengele lebe nicht in Paraguay, sagte ein Sprecher des Präsidenten in Asuncion. Hinter der internationalen „Kampagne", die das Gegenteil behaupte, stecke auch der Versuch der politischen Opposition in Paraguay, das demokratische System des Landes zu kritisieren. Die Regierung Stroessner sei jedoch legitim und ordnungsgemäß gewählt. Mit keinem Wort ging der Sprecher auf die permanenten Menschenrechtsverletzungen, den über 30 Jahre währenden Ausnahmezustand in Paraguay und die vielen nachweislich im Lande lebenden Altnazis ein.

SUDAN: Hungerrevolte

Zu schweren Zusammenstößen von Demonstranten mit Polizei und „Anti-Aufruhr-Brigaden" kam es Ende letzter Woche im Sudan. Nach drastischen Erhöhungen der Lebensmittelpreise gingen tausende auf die Straße. Die Preiserhöhungen gingen auf eine Bedingung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurück, der für die Bewilligung neuer Kredite an den Sudan die Abschaffung aller Lebensmittelsubventionen verlangt hatte. Kurz vor den Unruhen war noch eine IWF-Delegation im Sudan gewesen, und hat die Regierungsmaßnahmen gelobt. Sudans Präsident Numeiri war gerade zum hauptsächlichen Geldgeber des Landes, den USA abgeflogen, als die großen Demonstrationen begannen. Mindestens acht, wahrscheinlich aber noch mehr Menschen wurden erschossen. Der Sudan, mit 9 Milliarden Dollar verschuldet, soll im Haushaltsjahr 1986 allein von den USA 260 Millionen Dollar bekommen.

Die innenpolitische Situation ist äußerst angespannt. In dem von den USA weiter als „Bastion des Westens" am Roten Meer betrachteten Land gibt es viel Zündstoff. Riesige Flüchtlingsströme aus den benachbarten Ländern, vor allem aus Äthiopien, lang anhaltende Dürre und damit verbundene Hungersnöte sowie eine im Südsudan operierende Sudanesische Befreiungsarmee (SPLA) machen dem Numeiri-Regime ebenso zu schaffen, wie die islamisch-fundamentalistische Opposition.

Arbeitskampf in Dänemark

Regierung stoppt den Streik per Gesetz

Die konservative dänische Regierung hat nach einer Woche den großen Arbeitskampf in Dänemark per Zwangsschlichtung beendet. Die schärfsten Krisengesetze, die in den letzten Jahrzehnten in Dänemark verabschiedet wurden, gingen am späten Samstag abend mit einer Mehrheit von 85 gegen 80 Stimmen durch das Parlament.

Mit diesem Gesetz ist der Arbeitskampf offiziell zu Ende, weitere Streik- und Protestaktionen nach dänischem Recht illegal. Entgegen den Forderungen der Arbeiter und ganz auf der Linie der Kapitalisten hat die Regierung einen Lohnrahmen festgelegt, der für das nächste Jahr zwei und dann 1,5 Prozent Lohnerhöhungen vorsieht. Bei der Inflation in Dänemark ist das glatter Reallohnverlust für die Arbeiter. Die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich beantwortete die Regierung mit der Ankündigung der 39-Stunden-Woche ab Januar 1987! Weiterhin werden Arbeitgeberbeiträge für Ausbildungs- und Sozialleistungen um 1,5 Prozent gesenkt.

In der vergangenen Woche hatten verschiedenste Protestaktionen gegen den absehbaren Eingriff der Regierung in den Arbeitskampf stattgefunden. Höhepunkt war eine Gewerkschaftsdemonstration von über 100000 Teilnehmern am vergangenen Freitag. Der Streik hatte weite Teile des öffentlichen Lebens in Dänemark lahmgelegt. Ob das jetzt von der Regierung verordnete Streikende auch wirklich eintritt, ist bei Redaktionsschluß des Roten Morgen noch nicht absehbar.

Der Gewerkschaftsverband verurteilte zwar das Lohndiktat der Regierung, distanzierte sich jedoch sofort von „wilden" Streikaktionen und stellte klar, daß ab sofort keinerlei Streikgelder mehr gezahlt werden würden.

Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen sind jedoch für Montag, den Tag des verordneten Arbeitsbeginns, in ganz Dänemark angesagt worden. Sogar Forderungen nach einem Generalstreik wurden laut. Über den Verlauf der Auseinandersetzung nach dem Regierungsspruch werden wir in der kommenden Woche berichten. Auf dieser Seite dokumentieren wir noch den Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten, der am Wochenende vor Streikbeginn erschien.



Kein Benzin — Streikfolge in Dänemark

ZK der DKP/ML (Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten)

MACHT DEN ARBEITSKAMPF WIRKUNGSVOLL!

300000 Arbeiter sind seit Sonntag, dem 24. März, von Aussperrungsmaßnahmen seitens der Arbeitgeber (wörtlich: Arbeitskäufer, d. Übers.) betroffen. Die LO (Gewerkschaftsverband, d. Ü.) hat den Streik für 285000 verkündet. Er hat sich zu einem der umfassendsten Arbeitskämpfe seit je entwickelt.

Und die Belegschaften sind bereit, für ihre Forderung zu kämpfen: gegen das Tarifdiktat von DA (Arbeitgeberverband, d. Ü.) und des kapitalistischen Staates und Minuslösungen, die uns Jahr für Jahr mit einer erheblichen Reallohneinbuße als Folge angeboten worden sind. Und wir werden uns gegen jede Preisgabe unserer Forderungen seitens der LO wenden. Die Erfahrung zeigt, daß die LO-Spitze faktisch den Arbeitgebern und dem Staat bei der Durchsetzung ihrer reaktionären Krisenpolitik geholfen hat.

Es gibt keinen anderen Weg als den des Kampfes, wenn wir die kapitalistische Offensive zurückschlagen wollen, die unseren Lebensstandard in immer höherem Maße bedroht.

Haltet an den Forderungen fest!

Belegschaft nach Belegschaft hat eine Reihe wichtiger Forderungen nach Vereinstreffen, in Vollversammlungen erhoben — und wir haben durch unsere Aktionen den Willen bekundet, dafür den Kampf bis zur Durchsetzung zu führen.

Wir stellen für den Tarif 1985 als Hauptforderung auf:

- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und ohne Verschärfung der Arbeitshetze!**
- **Voller Teuerungsausgleich**
- **Höherer Lohn: 65 dkr als Mindestlohn.**

Macht den Kampf wirkungsvoll!

Wir lehnen einen neuen „Schrebergartenstreik" wie 1973 ab. Wenn unsere Forderungen durchgesetzt werden sollen, kann dies nur geschehen, wenn der Arbeitskampf trifft, wenn er soll, wenn er wirkungsvoll wird, wenn die gesamte Arbeiterklasse mobilisiert wird und aktiv daran teilnimmt.

Wir müssen in den Betrieben jeden Tag Versammlungen durchführen, um neue Kampfschritte zu beschließen. Ein Streik ist kein Urlaub — und wir können ihn nicht der LO-Spitze überlassen, denn dann wird er in die Niederlage geführt. Es muß sichergestellt sein, daß wöchentliche Versammlungen in den (Branchen-) Gewerkschaften stattfinden. Es müssen Streikposten gegen Streikbrecherei und den Versuch dazu aufgestellt werden. Und so weiter. Auch die Gewerkschaftsopposition muß ihre Zusammenarbeit und Koordination auf Vertrauensleuteversammlungen und Vollversammlungen, die die aktiven Streikteilnehmer umfaßt und in der jeweiligen Stadt, in einem Stadtbezirk oder innerhalb eines Industriezweiges unterstützt, weiterzuentwickeln. Es muß eine bewußte Solidarität mit dem Kampf auch unter denjenigen aufgebaut werden, die nicht aktiv betroffen sind. Unter anderem gegenüber der halben Million Arbeitsloser und Unterstützungsempfänger.

Wir fordern daher auch eine völlige Beseitigung dieser Art von Tagegeld-Reform (*Dagpenge* = Arbeitslosengeld/Krankengeld, d. Ü.) Wir kämpfen in Solidarität mit den Behördengängen und anderen, die später an der Reihe sind.

Lehnt das Eingreifen der Regierung ab! Setzt die Forderungen durch!

Böse Zungen behaupten, daß die LO-Spitze auf ein Eingreifen der Regierung zu einem frühen Zeitpunkt eines Arbeitskampfes spekuliert, um etwas zur Rettung des Schlichtungsentwurfs zu unternehmen, der schon vorher veröffentlicht worden ist. Dieser enthält jedoch in keinem Punkt eine Erfüllung unserer Forderungen. Und für eine lange Reihe von Gebieten bedeutet das eine Verschlimmerung der Situation, eine Fortsetzung der Serie der Minusabschlüsse.

Wir können ein Eingreifen der Regierung nicht hinnehmen, weder auf dieser noch sonst einer Basis, weil diese nur zur Unterstützung der Arbeitgeber wäre, sie ihnen weiterhin zu vergolden. Ein Eingreifen der Regierung muß durch Fortsetzung des Kampfes zurückgewiesen werden.

Und ein eventueller fauler Kompromiß, wo die LO-Spitze „um der Schulden der (Gesamt)-Gesellschaft willen" wieder einmal unsere Forderungen preisgibt und den Weg für eine neue Minusvorstellung bahnt, muß massiv niedergestimmt werden.

Wir haben eine mächtige Waffe, die wir nun anwenden können: den Streik. Laßt uns für unserer Forderungen kämpfen trotz Aussperrung und Pressehetze, die unweigerlich gegen die Arbeiter in Gang gesetzt wird und von den bürgerlichen Politikern und gewerkschaftlichen „Führern" benötigt wird, die nur auf Verrat sinnen können.

Diesmal wollen wir Ergebnisse sehen!

ZK der DKP/ML
21. März 1985

(Aus: „Arbejderen", Zentralorgan der DKP/ML Nr. 58/85)



Südafrika/Azania

Das Morden geht weiter

Jetzt Armee im Einsatz

In der von Unruhen erschütterten südafrikanischen Kap-Provinz geht der staatliche Terror der Rassisten weiter. Am vergangenen Sonntag wurden mindestens zwei schwarze Siedlungen von Armee-Einheiten abgeriegelt und belagert. Es sind Siedlungen in der Nähe von Uitenhage, wo die südafrikanische Polizei erst kürzlich 19 Menschen erschoß. Der stellvertretende Minister für Verteidigung und Justiz sagte dazu, die Armee-Einheiten *„würden im Rahmen einer seit langem geltenden Hilfspolitik der Polizei beistehen"*.

Diese südafrikanische Rassistenregierung hat neben dem Polizei- und Militäraufmarsch noch weitere Maßnahmen gegen die Schwarzen bereit. So wurde vom „Minister für Recht und Ordnung", Le Grange, einem der Hauptverantwortlichen für die vielen Morde, jetzt ein verschärftes Versammlungsrecht verkündet. Für drei Monate ist über 29 demokratische und oppositionelle Organisationen ein totales Versammlungsverbot verhängt worden. Versammlungen unter freiem Himmel sind schon seit 1976 verboten, die Verschärfung ist in 18 Bezirken Südafrikas, die als „unruhig" gelten, sofort in Kraft getreten.

Die Zukunft der KPD

Die KPD befindet sich heute nach meiner Meinung nicht auf dem Weg des leninistischen Parteiaufbaus. So kann z.B. jeder in die Partei eintreten. Leute von Devrimci Halkin Birligi, die in der Türkei Genossen unserer Bruderpartei Halkin Kurtulusu verraten haben, sind einfach in die Partei aufgenommen worden, ohne daß sie Selbstkritik geleistet haben. „Die Partei muß die besten Elemente der Arbeiterklasse mit ihrer Erfahrung, mit ihrem revolutionären Geist, ihrer grenzenlosen Ergebenheit für die Sache des Proletariats in sich aufnehmen." (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus)

Das Programm wird geändert. Die Genossen stecken da die Arbeit hinein, die an der Parteibasis nötig wäre, um den Zustand der Partei von unten her zu verbessern.

Kritik und Selbstkritik befassen sich nicht mit den wirklichen Ursachen der Krise in der Partei. Es werden neue Programme gebastelt und die Genossen sollen dann glauben, es würde mit der Parteiarbeit besser werden. Wennwir so tun, als wären wir schon im Sozialismus, wie es Horst-Dieter Koch am 22.3.85 in Köln tat und sich groß über unsere Planwirtschaft in der zukünftigen Räterepublik ausläßt, geht man an der materiellen Lage der Arbeiter in der BRD meilenweit vorbei.

Ich hatte auf der Kölner Veranstaltung den Eindruck, daß Horst-Dieter Koch als efriger „Ingenieur des Marxismus" eine Dampfmaschine neu konstruieren will, mit der Marx, Engels, Lenin und Stalin schon weite Fahrten um die Welt gemacht haben.

Sieht man ihn in der Pose des „schlauen Marxisten", so darf man sicher sein, daß nun nach der Ära des Marxismus—Leninismus die Ära des Kochismus ausgebrochen ist. Ohne die „dogmatischen Klassikerzitate" auszukommen, ist ja Modehit in der Partei. Der opportunistische Weg zur organisatorischen Verschmelzung mit trotzkistischen Organisationen mit der GIM wird auch durch Vermeiden von Stalin-Zitaten geebnet.

Der Hauptfehler aber ist, daß die marxistisch-leninistische Taktik der Aktionseinheit ersetzt wurde durch die Strategie der Vereinigung mit den Opportunisten. Eine der Taktiken der Trotzkisten besteht darin, sich der proletarischen Partei anzunähern, in sie einzudringen und sie von innen durch Fraktionismus zu zerstören. Stalin sagt: „Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert."

Nachdem im ZK Stalin-Zitate „unmodern" geworden sind, scheint ein Teil (Mehrheit im ZK?) mit dem genauen Gegenteil der Grundlagen des Leninismus im Parteiaufbau sein Glück versuchen zu wollen.

Der Schaden für die Partei wird nicht auf sich warten lassen, wenn die Genossen in der Partei und im ZK diese falsche Linie nicht konsequent kritisieren und bekämpfen.

Mit der Wende ist in der BRD der Trotzkismus aufgeblüht. Die Bündnispolitik der KPD hat ihn weiter gefördert. Eine Schulung über die Ziele und Entstehungsbedingungen des Trotzkismus gibt es in der Partei nicht. Seit mindestens einem Jahr ist die Kritik am Trotzkismus im RM eingestellt. Über seine Ideologie, seine Taktiken und Ziele findet keine Aufklärung statt. Das alles hat den schädlichen Verschmelzungskurs gefördert.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Trotzki und der Block der Rechten in der Sowjetunion eine konterrevolutionäre Rolle gespielt haben. Die heutigen Trotzkisten, GIM, SAG, Spartacus und „VORAN" setzen nur Trotzkis Taktik fort, die letztlich sogar zur Kooperation mit den Faschisten im antifaschistischen Krieg führte. Einige von ihnen verstehen es, den Klassenkampf für die Vergrößerung ihrer Gruppen auszunutzen, eine Verbindung mit der KPD einzugehen und sie Schritt für Schritt in einen tödlichen Umarmung von Marxismus-Leninismus abzubringen.

Die Verschmelzung von GIM und KPD wäre ein schwerer Fehler der KPD. Wenn die Partei diesen Weg weitergeht, wird die Sozialismusdiskussion Gerede bleiben. Die Partei würde die Krankheit ihrer Uneinigkeit und Unorganisiertheit nicht heilen. Sie würde eine Revolution in Deutschland nicht führen können. Die Arbeiterklasse hätte keine marxistisch-leninistische Vorhutpartei. Ohne diese Partei wird die Arbeiterklasse in Deutschland keinen Sozialismus errichten können. Darum fordere ich für die zukünftige Parteiarbeit:

- Einstellung aller Aktivitäten, die auf eine Verschmelzung der Organisation mit der GIM oder mit anderen opportunistischen Organisationen hinauslaufen.
- Verstärkung der ideologischen und politischen Kritik am Trotzkismus und anderen opportunistischen Strömungen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.
- Arbeiten nach dem Grundsatz: Die Bourgeoisie läßt sich erst besiegen, wenn ihre Agenten in der Arbeiterklasse ideologisch, politisch und organisatorisch geschlagen sind.
- Ich rufe alle Genossen der KPD auf, diese falsche Linie des ZK zu kritisieren und zu bekämpfen.
- Vorwärts zur Verwirklichung des Leninistischen Parteikonzepts durch Kritik und Selbstkritik!
- Nieder mit der trotzkistischen Ideologie!

V.A. aus AC

Kritik

Kritik zum Artikel „2,6 Millionen ohne Arbeit" aus Roter Morgen Nr. 6 vom 8. Februar 1985

Liebe Genossen von der Redaktion Roter Morgen

ich frage mich, wie ein Artikel über die steigende Arbeitslosigkeit im Zentralorgan der KPD mit einer Überschrift „2,6 Millionen ohne Arbeit" auf seine Leser wirkt, wo doch sogar schon die SPD von 4—4,5 Millionen spricht. Habt ihr die in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken nicht aufgeführten Arbeitslosen vergessen? Wenn ihr über euren Artikel schreibt „der Jahresbericht und die Wirklichkeit" dann müßt ihr auch die wirklichen Zahlen nennen, die der offiziellen und der nicht offiziellen Arbeitslosen. Wenn man wie ich in Arbeitsloseninitiativen mitarbeitet und man den Arbeitslosen den RM zu lesen gibt, wirken solche Artikelüberschriften sich natürlich negativ aus. Ihr solltet in Zukunft in Artikeln über die Arbeitslosigkeit wieder die Zahlen aller Arbeitslosen (der offiziellen und der nicht offiziellen) nennen.

Mit revolutionären Grüßen

R.C., Lingen

Opportunistisch

Mangelnde politische Erfolge in der Parteiarbeit zeigen sich in zwei Bereichen: der Partei gelingt es kaum, die Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen; zahlreiche Genossen, die eine Zeitlang in oder mit der Partei gearbeitet haben, können nicht gehalten werden. Für beides gibt es Ursachen.

Es ist erfreulich, daß sich das ZK **endlich**, nach jahrelanger Kritik von unten, mit den Mängeln in der Parteiarbeit beschäftigt; jedoch tut es dies nur in bezug auf den ersten Bereich, dazu in sehr oberflächlicher und, wie ich meine, unmarxistischer Weise. Die Heilmethode soll in einem neuen Programm liegen. Richtig wäre es, in der Partei eine Diskussion anzuleiten über tatsächliche oder angebliche Mängel des zur Zeit noch geltenden (!!!) Programms, auf Grund der Ergebnisse gegebenenfalls Änderungen auszuarbeiten und sie der Partei vorzustellen. Das Endergebnis, nach Vereinheitlichung der Meinungen in der Partei, hätte dann veröffentlicht werden können.

Nichts dergleichen ist jedoch geschehen. Vor einer Meinungsbildung in der Partei wird ein „Diskussionsstand im ZK" veröffentlicht, als erster Aufguß im halböffentlichen „Kommunist", in ausformulierter Weise imRM und im TO 10. In der Partei ist über die hier geäußerten Ansichten ein heftiger Meinungsstreit entbrannt, allerdings spontan und mehr oder weniger chaotisch, ohne daß das ZK die offensichtlich notwendige Diskussion organisatorisch anleitet. Ja, es besteht sogar der Eindruck, als wäre das ZK an einer breiten Diskussion nicht interessiert; sonst würde es auch für die Verbreitung von dem „Diskussionsstand" kritisch gegenüberstehenden Papieren sorgen. Mir leuchtet ein, daß man im RM keinen 3 1/2 Seiten langen Leserbrief abdrucken kann; jedoch vermisse ich beim ZK jegliches Bemühen, beispielsweise den Artikel von D.M. jedem Genossen zugänglich zu machen **und eine Diskussion hierüber anzuregen**; es böte sich an ein Abdruck im „Kommunist" oder in den „Kommunistischen Heften", die ja ein Diskussionsorgan sind (oder sein sollen?); es böte sich auch an — wie früher geschehen — dieses Papier als Beilage zum RM abzudrucken (sollte „Geld" als Argument dagegen sprechen, Leute, dann schickt die Rechnung hierfür an mich!).

Wie notwendig die Diskussion ist, geht auch daraus hervor, daß zumindest einige Genossen nicht mehr in der Lage zu sein scheinen, eine parteiinterne Diskussion zu führen. Beispiele hierfür sind einige Leserbriefe im RM, vor allem der Brief vom selbsternannten Til Ulenspiegel aus Nr. 10/85 (wohl das Abscheulichste, was ich je in einer linken Zeitung gelesen habe: eine halbe Seite RM unflätigstes persönlichstes Geschimpfe ohne ein einziges politisches Argument; und die Redaktion druckt 's in voller Länge, ohne Kommentar, ohne Kritik; genüßlich?). Daß ein Genosse, der solch Genossen gegenüber so „argumentiert", Schwierigkeiten hat, klassenbewußte Arbeiter für den „Sozialismus" zu gewinnen, kann ich im Interesse der klassenbewußten Arbeiter nur hoffen...

Die angebliche Notwendigkeit eines neuen Parteiprogramms wird in wenigen Schritten „bewiesen",: 1) unter den klassenbewußten Arbeitern ist eine zunehmende Tendenz feststellbar, den Kapitalismus grundsätzlicher in Frage zu stellen; 2) Antworten, die die Kommunisten geben, werden nicht akzeptiert; 3) das liegt an den Antworten; 4) wir brauchen ein neues Programm! Peng! So schnell geht das, nachzulesen im TO 10 S. 4.

Hurra! Eine so oberflächliche und falsche „Analyse", dann noch von einem Parteivorsitzenden, abgesegnet von mit einer Ausnahme allen ZK-Mitgliedern, liest man selten. Wer sind die „klassenbewußten Arbeiter", die den Kapitalismus in Frage stellen? Etwa einige etwas radikalere Gewerkschaftssprecher? Betriebsräte? Streikende Metaller? Mitglieder oder Wähler der Grünen, der DKP? Es soll ja auch in der KPD einige Arbeiter geben? Bei HDK finden sich jedenfalls keine näheren Ausführungen hierzu. Wenn diese antikapitalistischen Arbeiter die Antworten der Kommunisten nicht annehmen, welche dann? Soll das neue Parteiprogramm so aussehen, daß diese klassenbewußten Arbeiter es annehmen? Soll diese „Annahme" das Hauptkriterium für den Inhalt des Programms sein? Das wäre blanker Opportunismus. Eine kommunistische Partei entwickelt ihr Programm aufgrund ihrer Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und der konkreten Situation im Land und muß es dann natürlich verständlich ausdrücken. Ob dieses Programm dann von der Arbeiterklasse angenommen wird, hängt auch ab davon, ob sie die Unversöhnlichkeit ihrer Klasseninteressen mit denen der Kapitalistenklasse erkannt hat oder nicht. In anderen Ländern werden die Antworten, die unsere Bruderparteien geben (obwohl sie, wie man lesen kann, gar fürchterlich sektiererisch vorgehen), zum Teil eher akzeptiert als die von unserem Häuflein der hundert Aufrechten gegebenen. Auch die „Antworten", die die Revisionisten geben, werden eher akzeptiert (sollten etwa deren Antworten etwas richtiger sein als unsere?); auch der „real existierende Sozialismus" der DDR oder SU schreckt da offensichtlich nicht so, wie HDK unterstellt. In diesen Ländern hat erstens die KP während der faschistischen Besatzungszeit eine andere Politik gemacht als in Deutschland (bewaffneter Kampf), wovon die inzwischen revisionistisch entarteten Parteien heute noch zehren, und zweitens hat sich dort der Kapitalismus keineswegs so stabil entwickelt wie in den letzten circa 40 Jahren in der BRD. Die Krise, die sich seit einigen Jahren verschärft abzeichnet, hat noch keineswegs für die Arbeiterklasse der BRD das soziale Elend gebracht, in dem sie in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts nahezu immer lebte. Arbeiter, die so die Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen am eigenen Leibe erlernten, sind von den Nazis umgebracht worden, im Krieg gefallen oder inzwischen gestorben; nur wenige von ihnen leben noch, und auch an ihnen ist natürlich eine jahrzehntelange „friedliche" Entwicklung des Kapitalismus nicht spurlos vorübergegangen, sondern hat Illusionen geweckt. Das heutige Proletariat muß die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze erst einmal wieder im Klassenkampf am eigenen Leibe erlernen.

Wenn mangelnder politischer Erfolg „an unseren Antworten" liegt, dann nur insofern, als wir sie zu hölzern, zu ungeduldig geben; als unsere Teilnahme im Klassenkampf, für die täglichen Interessen der Kollegen, diese nicht überzeugt. Was sich im „neuen" Parteiprogramm jedoch anbahnt, ist nicht eine verständlichere Ausdrucksweise, sondern eine inhaltliche Veränderung, die meiner Meinung darauf hinausläuft, die KPD als kommunistische Partei zu beseitigen. Ich habe den Eindruck, den mehrfach genannten „klassenbewußten Arbeitern" soll eine „Revolution mit Garantieschein" versprochen werden. Eine solche Garantie gibt es jedoch nicht. Eine Revolution ist nur solange erfolgreich, wie die Arbeiterklasse und ihre Partei über den Erfolg wachen; ein „Garantieschein" schläfert diese Wachsamkeit **garantiert** ein...

Die Notwendigkeit einer demokratisch-zentralistisch organisierten kommunistischen Partei hat Lenin immer wieder, vor, während und nach der Oktoberrevolution betont, und zwar sowohl für Rußland als auch für jedes andere Land. Wie die Machtausübung durch das Proletariat **konkret** aussehen sollte, hat er allerdings erst während und nach der Revolution auf Grund der konkreten Situation in Rußland herausgearbeitet. Lenin hat den „Linken Kommunisten" in Rußland nicht vorgeworfen, daß sie die Prinzipien hochhielten, sondern, daß sie sie nicht mit der konkreten Situation verbanden und so ihre Verwirklichung unmöglich gemacht hätten. Die konkrete Antwort auf die Frage, wie nach der Revolution in der BRD die Macht zu organisieren sei, wie möglichst schnell möglichst viele Arbeiter lernen, den Staat zu leiten, muß die KPD in und nach der Revolution aufgrund des Bildungsstandes des Proletariats geben; das kann ihr HDK nicht fünf oder 50 Jahre vorher abnehmen.

Nun kann man natürlich der Auffassung sein, Lenin habe sich in bezug auf die Notwendigkeit einer starken demokratisch-zentralistischen Partei geirrt; nur muß man dann zweierlei tun: erstens es auch so ausdrücken, und zweitens es beweisen. Im Artikel von HDK wird beides nicht getan — im Gegenteil: es wird sogar behauptet, die in RM und TO gemachten Ausführungen entsprächen den Ansichten Lenins; jedoch kann sich jeder Genosse leicht vom Gegenteil selbst überzeugen; allerdings sollte er Lenins Ausführungen zu diesen Fragen nicht nur bis zu einer Stelle lesen, an der er eine Formulierung gefunden zu haben glaubt, die — aus dem Zusammenhang gerissen — seine Meinung bestätigt.

Ich habe den Eindruck, daß es in der Partei in letzter Zeit mit den im Statut vorgeschriebenen Aufnahmebedingungen für neue Genossen nicht mehr sehr genau genommen wurde. So ist es meiner Meinung nach zwar richtig, von Kandidaten der Partei nicht gleich in jeder politischen Frage eine richtige Haltung zu erwarten, zum Beispiel in der „Stalin-Frage"; jedoch von einem Parteimitglied sollte man hier die richtige Haltung verlangen. Das Schleifenlassen in bezug auf Aufnahmekriterien könnte sich jetzt so auswirken, daß sich das ZK auf eine Mehrheit von zwar gutwilligen, aber marxistisch ungenügend geschulten Genossen stützt; und auch denen drängt sich die bürgerliche Ideologie spontan am meisten auf...

M.H., Marl

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung"
Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.
Datum: 10 - 12. Mai
Kontaktadresse: AG ZAKT
c/o Susan Naumann
Wartenau 9
2 Hamburg 76

Öffentlicher Schulungsabend der KPD
Donnerstag, 18. April, 19.30 Uhr
Thälmann-Buchhandlung (siehe oben)

HANNOVER

Demonstration
Samstag, 20. April
Zum Messegelände —
gegen die Präsentation der Türkei auf der Hannovermesse

Veranstaltung
Diskussion über die Beziehung BRD — Türkei — NATO
Freitag, 19. April, 20 Uhr
Pavillon

DORTMUND

Gemeinsame Veranstaltung von KPD und KJD mit Vertretern der sandinistischen Jugend Nicaraguas
Sonntag, 21. April, 15 Uhr
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt
Vier Vertreter der sandinistischen Jugend informieren über die aktuelle Lage in Nicaragua; Diskussion, Kulturprogramm, Film, Spendensammlung, Gastbeiträge

Veranstaltungsreihe mit Vertretern der sandinistischen Jugend Nicaraguas

Im April besucht eine vierköpfige Delegation der sandinistischen Jugend Nicaraguas die Bundesrepublik und Westberlin. Organisiert wird diese Tour von der Nationalen Koordination der Nicaragua- und El-Salvador-Komitees der Schweiz. Aus Nicaragua berichten und stellen sich zur Diskussion: Eria, der nationale Verantwortliche für politische Schulung der „Juventud", Francisco, der im Regionalrat der problemgeladenen bäuerlichen „Region V" Nicaraguas vom Kampf gegen die Contra berichten kann, wie auch Roger, der „Combatiende", Kämpfer ist. Blanca Rosa ist Vertreterin der organisierten revolutionären Jugend aus der Hauptstadt Managua.

Bei den Veranstaltungen wird ein neuer Film aus Nicaragua gezeigt. Christine und Guy, zwei schweizer Aktivisten der Mittelamerika-Solidarität haben ihn im vergangenen Jahr in Nicaragua in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und den Gewerkschaften gedreht. „La revoluta" ist ein Slang-Ausdruck aus Managua für die Revolution. Historisches Material über die Beteiligung der Jugend an der Revolution und Erinnerungen an die Kämpfe von 1979 wechseln mit Beschreibungen des Alltags heute. **Jugendliche kommen zu Wort, berichten von** ihrem Leben während und nach der Revolution.

Bei Redaktionsschluß sind uns folgende Termine bekannt — die genaueren Orte und Anfangszeiten müßten örtlich bekannt sein.

Westberlin: 10. - 13.4., Osnabrück: 16.4., Hamburg: 17. und 18.4., Hannover: 19.4., Gummersbach: 20.4., Dortmund und Wuppertal: 21.4., Bottrop und Bochum: 22.4., Gelsenkirchen: 23.4., Langenfeld und Bochum: 24.4., Köln: 25.4., Aachen und Freiburg; 26.4., Frankfurt/M.: 27.4., Offenbach: 28.4., Nürnberg: 29.4., München: 30.4. und 5. Mai.

Solidarität mit Nicaragua

Diskussions-

Veranstaltung mit Eria, Francisco, Roger und Blanca Rosa

von der Juventud Sandinista

der nicaraguanischen revolutionären Jugendorganisation

Außerdem

Ein neuer Film „La revoluta"

Nicaraguanische Jugendliche im Kampf für die Revolution 1979 und ihr Leben heute. Historische Aufnahmen aus den Revolutionstagen und Dokumentation der aktuellen Lage.

DORTMUND

Sonntag, 21. April, 1985 15.00 Uhr,
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt

KPD Kommunistische Partei Deutschlands

Kommunistische Jugend Deutschlands **KJD**

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.

Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO!



Nötiger denn je — Solidarität mit NICARAGUA

Immer unverblümter spricht US-Präsident Ronald Reagan seine Kriegsabsichten gegen Nicaragua aus, bekennt sich offen dazu, mit allen Mitteln den Sturz der sandinistischen Regierung Nicaraguas herbeiführen zu wollen. Kein Zugeständnis aus Nicaragua, wie die Einstellung der Waffenkäufe und die Ausweisung kubanischer Militärberater kann den US-Imperialismus besänftigen. Er betrachtet Mittelamerika weiterhin als seinen Hinterhof, wer da nicht spurt, nicht im Sinne der USA handelt, wird bekriegt. Mit allen Mitteln. Neben der Unterstützung der Contra-Banden durch Gelder, Berater und Experten aus den USA liegen vor Nicaragua große Einheiten der US-Marine, stehen im Nachbarland Honduras Invasionstruppen bereit.

Nicaragua ist entschlossen, sich zu verteidigen. Das bringt hohe Opfer mit sich, die wirtschaftlichen Folgen sind katastrophal. Nicaragua braucht unsere Hilfe und unsere Solidarität. Der politische Preis, den die USA für ihre aggressive Politik zahlen müssen, muß hoch sein. Darum heißt Solidarität mit Nicaragua auch Kampf gegen die Bundesregierung: Bis heute gibt es nicht ein Wort aus Bonn, das sich gegen die Kriegsankündigungen und Umsturzpläne von Reagan ausspricht. Die zugesagten Entwicklungshilfegelder liegen auf Eis — während El Salvador unterstützt wird — eine Regierung, die dort einen Krieg gegen die Befreiungsfront führt. Bonn — das ist ganz deutlich, spielt leise, still und heimlich den verbrecherischen Kurs von Ronald Reagan mit.



Solidarität mit Nicaragua

Gemeinsame Veranstaltung der KPD und KJD mit vier Vertretern der Delegation des Sandinistischen Jugendverbandes Nicaraguas Dortmund Sonntag, 21. April, 15 Uhr Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt Reden, Diskussionen, Film, Musik

Viele verdienen am GOLFKRIEG

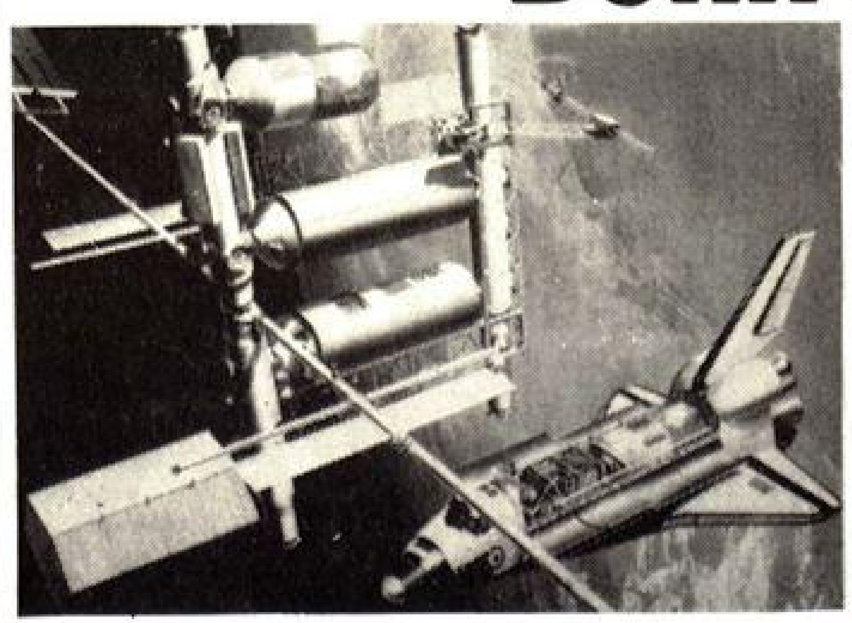
Seit 53 Monaten ist Krieg am Golf. Zwischen 250000 und einer halben Million Menschenleben hat der mehr als vierjährige Krieg schon gefordert. Milliardenbeträge hat der Krieg die beiden Staaten schon gekostet. Ein mörderischer Krieg findet dort statt, an der Grenze des Iran und des Irak. Gegen die waffentechnische Überlegenheit des Irak schickt der Ajatollah ganze Armeen von Kindern und Jugendlichen — der Irak setzt chemische Kampfstoffe, Giftgas gegen sie ein.

In diesen Wochen, da der Krieg eskaliert und die großen Städte beider Staaten aus der Luft angegriffen werden, hört man auch von unseren Politikern wieder besorgte Reden. In Wirklichkeit aber ist ihnen der Zustand dort unten ganz lieb. So ist z. B. mit den Stimmen der Bundestagsabgeordneten eine Erklräung der Westeuropäischen Union (WEU) verabschiedet worden, in der festgestellt wird, es sei am besten, wenn gar keiner den Krieg gewinnen würde: *„Die Versammlung vertritt die Auffassung, daß ein entscheidender Sieg einer der beiden kriegführenden Staaten ernste Gefahren für die Stabilität der Region mit sich brächte."* Eine instabile, sich selbst zerfleischende Golfregion ist den Politikern am liebsten. Sie sichert jederzeit den Zugriff auf Öl. Und nicht zuletzt ist ein solcher Vernichtungskrieg der Markt für die Rüstungsindustrie. Hubschrauber von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Exocet-Raketen aus Frankreich, westliche Waffen auf beiden Seiten, die sich immer wieder vernichten — der Tod am Golf ist der Profit der Rüstungsindustrie.

300 Mrd. für die Rüstung

Seit einiger Zeit ist Genaueres über die Rüstungsvorhaben bekannt geworden, die unter dem Stichwort Bundeswehrplan '85 laufen. Danach soll bis 1997 ein Beschaffungsprogramm von insgesamt 300 Mrd. DM für die Bundeswehr aufgelegt werden. Neben den milliardenträchtigen Tornados und Leopards 2 sind vor allem 65 Milliarden für „Munition, Raketen und Luftflugkörper" vorgesehen, die die Vorwärtsstrategien von Air-Land-Battle, Rogers-Plan usw. mit tödlichem Leben füllen.

Krieg im Weltraum — Bonn dabei



US-Raumstation mit Space Shuttle — am Ende der „Krieg der Sterne"?

Im März 1983 verkündete US-Präsident Reagan das als „strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) propagierte amerikanische „Krieg der Sterne"-(Star Wars")-Programm. Angesichts der bevorstehenden „Nachrüstung" und des massiven Widerstands dagegen, sollte mit dieser angeblich einmaligen Kriegsverhinderungs-, weil Raketenabwehrinitiative die Friedfertigkeit des nordamerikanischen Imperialismus suggeriert werden. Inzwischen sind die Forschungsarbeiten für dieses [illegible] stungsprogramm in Billionen-Höhe längst angelaufen und auch in Washington wird nicht mehr dementiert, daß die neue Weltraumwaffengeneration nicht die offensiven Atomwaffen ersetzen, sondern MX-Raketen, Pershings usw. ergänzen soll.

Nun ist die Militarisierung des Weltraumes nichts Neues. Von 1958 bis 1983 sind bereits über 2000 militärisch nutzbare Satelliten gestartet worden, demnächst hat die US-Luftwaffe einen eigenen Space-Shuttle, mit dem man Satelliten wie den für Laserstrahlenversuche über der Sowjetunion aussetzen, der auch fremde „entführen" kann, und längst gibt es die als ASAT-Waffen bezeichneten Killersatelliten der US und Sowjetunion, die allerdings nur erdnah operieren können.

Mit dem „Star Wars"-Programm soll die Abwehr — sprich der Abschuß — von Interkontinentalraketen und [illegible] steuerbaren Atomsprengköpfen vom Weltraum aus möglich werden. Nicht nur Reagan und Weinberger, sondern auch Strauß, Kohl oder Wörner versuchen diese Initiative als das Ende der Atomkriegsgefahr und „Weltraum für den Frieden" zu beschönigen.

In Wirklichkeit steht „Star Wars" in Zusammenhang mit der Erstschlags- und Enthauptungsstrategie gegen die Sowjetunion, mit Pershings, Cruise Missiles und Air-Land-Battle-Konzepten, mit Überlegungen, einen atomaren Krieg auf Europa begrenzt führen und mit dem „Weltraumschild" vom eigenen Territorium fernhalten zu können. Dies ist die eigentliche, die Kriegsgefahr nicht verhindernde sondern anheizende Intention der US-Weltraumrüstung. Im Zuge der Münchner Wehrkundetagung vor einigen Wochen haben Kohl und Co. ihr Ja zur Weltraumrüstung bekundet und ist auch [illegible] tätigen und zum Nutzen der Rüstungskonzerne an den enormen Kosten zu beteiligen.

Libanon: Der blutige Rückzug Israels

Der schrittweise Teilrückzug der israelischen Armee aus dem südlichen Libanon ist von ungeheuren Terrorakten begleitet. In der Absicht, ein *„ruhiges"*, *„befriedetes"* Hinterland zu hinterlassen, unternehmen die israelischen Soldaten immer öfter Überfälle und Angriffe auf Dörfer und Gegenden, in denen sie Widerstand vermuten. Sie nennen es stolz die Politik der „Eisernen Faust" — diese Politik hat seit Mitte Februar allein 75 Menschen das Leben gekostet. Nach der jahrelangen Besetzung des Südlibanon hinterläßt Israel ein zerstörtes, ein zerstrittenes Land. Bürgerkrieg in Beirut, Guerillakampf gegen die Besatzertruppen — die ausländische Einmischung in das kleine Land, das früher als friedlich, als „die Schweiz des Nahen Ostens" bekannt war —, hat nur Tod und Elend gebracht.

Ausländische Truppen — raus aus dem Libanon!

5. 5. 1985 — BRD 30 Jahre in der NATO

Am 5.5.55 trat die BRD unter Bruch des Potsdamer Abkommens der NATO bei und begann im gleichen Jahr mit ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht den Aufbau der Bundeswehr. Seit ihrer Gründung war die NATO kein Verteidigungs- sondern ein Angriffsbündnis. Die NATO wurde 1949 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet, die Sowjetunion von der politischen Landkarte auszuradieren („Roll back"). Der BRD kam dabei die Funktion des Brückenkopfes der NATO zu. Für die im 2. Weltkrieg geschlagenen deutschen Imperialisten ließen sich nur im Rahmen der NATO die alten revanchistischen Ansprüche gegen Osten und der Wiederaufstieg zur Großmacht verfolgen.

„Uns" hat die NATO-Mitgliedschaft gebracht: Die BRD ist heute bevorzugtes Aufmarschgebiet (1 Million Soldaten, die höchste Waffendichte der Welt) für die Kriegspläne gegen den Warschauer Vertrag die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, die Schaffung der Infrastruktur für den Angriffskrieg nach „Air-Land-Battle" auf bundesdeutschem Territorium, jährliche Kosten von über 69 Mrd. DM für die Rüstung, die Unterstützung und Komplizenschaft der BRD mit den Verbrechen, die NATO-Länder weltweit begehen (Malvinen, Tschad, Libanon) und — die Sicherheit, im „Konfliktfall" bevorzugtes Ziel gegnerischer Atomwaffen zu sein.

Deshalb fordert die KPD: BRD raus aus der NATO!



BLIND-Abo

Wenn ihr wieder eine BLIND herausbringt, möchte ich sie zugeschickt bekommen — kostenlos!

Meine Adresse: ....

....

....

(Ausschneiden und einsenden an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30)



KPD
Kommunistische Partei Deutschlands

Informationen über die KPD

Ich bin interessiert an:

O einer Probenummer der Wochenzeitung „Roter Morgen"

O einer Probenummer der Jugendzeitschrift „Roter Rebell"

O weiteren Materialien der KPD

O einem Gespräch

O ich möchte Mitglied der Kommunistischen Jugend Deutschlands werden

O ich möchte Mitglied der KPD werden

....
Name

....
Vorname

....
Straße

....
Ort

einsenden an:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

KJD
Kommunistische Jugend Deutschlands

KS
Kommunistische Studenten

V.i.S.d.P.: H.D. Koch,
Postfach 300211
4600 Dortmund 30

Druck: Alpha-Druck, Dortmund

Genf - Ausweg oder Holzweg?

Über die neuerlichen Genfer Verhandlungen der USA und der SU sollte sich die Friedensbewegung hierzulande keine Illusionen machen. Denn:

1. Die Friedensbewegung der letzten Jahre war nur deshalb stark, weil sie sich nicht auf die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen orientieren ließ, weil sie von unserer Regierung einseitig und ohne Vorbedingungen ein Nein zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles verlangte. Der Kampf hatte einen klaren Gegner: diese Bundesregierung. Illusionen über Genf können aber nur zur Verminderung dieses innenpolitischen Drucks führen.

2. Die Auswirkungen der Genfer Verhandlungen auf das Massenbewußtsein sind schädlich. Konkrete verhandelbare Abrüstungsschritte sind nicht in Sicht, noch nicht einmal eine Unterbrechung des Stationierungsprozesses stellt Reagan zur Diskussion. Aber: während 1980/81, als Reagan das Ende des Kapitels „Kommunismus" ankündigte und von atomaren „Demonstrationsschlägen" sprach, 32 Prozent der EG-Bürger einen neuen Weltkrieg für wahrscheinlich hielten, sind es heute nur noch 14 Prozent. Tatsächlich hat sich aber nichts zum Guten geändert, vielmehr wird das Kriegsführungsprogramm der USA mit den „Star-Wars"-Forschungen noch verschärft.

3. In den 70ern wurde in Genf ein ganzes Jahrzehnt lang verhandelt. Nachweislich: Kein einziger Abrüstungsschritt, noch nicht einmal ein Rüstungsstopp sind dabei herausgekommen.

4. Wenn die DKP dennoch der Meinung ist, daß es „zum Ringen um erfolgreiche Verhandlungen" (UZ, 25.1.85) keine Alternative gibt, desorientiert sie die Friedenskräfte. Denn erstens: Wenn ein Stopp des Rüstungswahnsinns in der BRD von „erfolgreichen Verhandlungen in Genf" abhängt, dann wird im Grunde die Forderung nach einseitigem Ausscheren der BRD aus dem NATO-Kurs nicht mehr erhoben. Und zweitens tut die DKP ja so, als wären die Friedenskräfte durch die SU am Verhandlungstisch mitvertreten.

Durch die Finanzierung des Krieges des äthiopischen Militärregimes zur Wahrung seines territorialen Besitzstandes, durch die Besetzung Afghanistans, durch ihren Umgang mit dem „Prager Frühling", und der autonomen Friedensbewegung im eigenen Lager hat die Sowjetunion aber hinlänglich klargestellt, daß sie keine Friedensmacht ist, sondern eigene aggressive Ziele verfolgt.

Das aktuelle Interview:

Hausarrest und teure Pseudobunker

Im folgenden Auszüge eines Gesprächs mit MB, Mitglied der FI Innenstadt Süd in Dortmund. Diese FI engagiert sich besonders gegen die Renovierungspläne für Dortmunder Bunkeranlagen zwischen Hauptbahnhof und Westpark. Wir wollten wissen, was er von der Neufassung des Zivilschutzgesetzes hält, die den Bunkerbau regelt — und anderes mehr, wie man lesen kann.

RM: Worin siehst du den Kern der Novellierung des Zivilschutzgesetzes, die Zimmermann in seinen Schubladen hat?

MB: Ich sehe da im wesentlichen zwei Dinge. Erstens ein großer Teil Bestimmungen, die nichts mit Zivilschutz zu tun haben, sondern, so kann man es sagen, eine Fortsetzung der Notstandsgesetze sind. So sollen nun alle Männer, die nicht bei der Bundeswehr sind, als Zivilschutzhelfer zwangsverpflichtet werden, sollen Bestimmungen, die aufgrund des damals großen Protestes 82 mit dem „Gesundheitssicherstellungsgesetz" nicht durchgesetzt werden konnten, durch die Hintertür eingeführt werden wie die Zwangsverpflichtung allen medizinischen Personals. Außerdem soll, um Fluchtbewegungen vorzubeugen, die die Kriege stören könnten, eine Vorschrift eingeführt werden, die bestimmt, daß man seinen Wohnsitz nur mit Genehmigung verlassen darf, um es drastisch zu sagen: Hausarrest bei Bombenalarm.

RM: Das heißt, du siehst eine zentrale Sache in der direkten politischen Bedeutung der Novellierung. Wie sieht es aber dann mit dem Teil aus, der nun direkt Zivilschutz betrifft?

MB: Einmal geht es vor allem um den Grundschutz — keiner der Herren behauptet, das wäre eine Sicherung gegen direkte Angriffe, aber allein diese Art würde — für alle — 300 Milliarden in der BRD kosten. Nicht davon zu reden, daß es in Dortmund heute gerade fünf Betten in Krankenhäusern gibt, die zur Pflege schwerer Brandverletzungen geeignet sind.

RM: Also keinen wirklichen Schutz?

MB: Nein, keinen wirklichen Schutz. Deswegen unser Protest gegen die Bunkerpläne in Dortmund — die Stadtkasse trägt die Folgekosten — die so gesehen nur sehr teurer Teil einer Beruhigungskampagne sein können, in die bekannten militärischen Pläne eingeordnet.



9000 mal Hiroshima

Der US-Senat hat Reagan jetzt 1,5 Mrd. Dollar für den Bau von weiteren 21 MX-Raketen bewilligt. 21 sind bereits im Bau, insgesamt sollen es 90 werden. Jede MX-Rakete hat mit ihren 10 atomaren Sprengköpfen die 100-fache Vernichtungskraft einer Hiroshima-Bombe! Auf einer Pressekonferenz wurde Reagan gefragt: „Würden Sie die MX-Raketen in jedem Fall bauen, ganz gleich, was in Genf herauskommt?" Antwort von Reagan: „Aber ja."



Aufschwung

1983 wurden, wie dpa meldete, Rüstungsexporte in Höhe von 8,61 Mrd. Mark genehmigt. (Zum Vergleich: im sogenannten Zeitraum 1975 bis 1980 waren es 8,1 Mrd. Mark). 2/3 des Kriegsgeräts wird in Staaten geliefert, die nicht Mitglied der NATO sind.

Nicht erfaßt in dieser Statistik sind z. B. alle sogenannten Gemeinschaftsprodukte wie die Raketen Milan, Hot oder der Alpha-Jet. Nicht erfaßt sind auch Rüstungsexporte, die über sogenannte freundschaftlich verbundene Partner laufen — wie etwa die Türkei. Das wahre Ausmaß des „Bomben"-Geschäfts ist also noch viel größer.

Friedliche Eroberer?

Am 25. 1. 1985 war in der Zeitung „Der Schlesier" ein Artikel erschienen, in dem der Zusammenbruch der sowjetischen Macht und ein erfolgreicher Eroberungsfeldzug deutscher Truppen in Mittel- und Osteuropa bis nach Ostpreußen, ins Memelland und die Karpato-Ukraine als realistische Möglichkeit zur „Lösung der großdeutschen Frage" durchgespielt wurde. Gegen den Verfasser, einen Jungen Unionler, der nur offen ausgesprochen hatte, was Unionspolitiker in Bonn nur besser verpackt umschreiben, hatte die DKP Recklinghausen Strafanzeige wegen „Aufstacheln zum Angriffskrieg" (§ 80a STGB) erstattet.

Vor kurzem nun stellte die zuständige Staatsanwaltschaft Dortmund die Ermittlungen ein. Als Begründung ließ Oberstaatsanwalt Greiser verlauten: In dem Artikel würde lediglich über Modelle der Wiedervereinigung nachgedacht und zudem eine friedliche Eroberung angenommen. Dies erfülle keine strafbare Handlung.

Bundesdeutsche Wirklichkeit im 40. Jahr nach Kriegsende: Für angeblich „friedliche" Ostlandritte à la Hitlers Blitzkriege 1939/40 darf offen und ungestraft geworben werden. Der Revanchismus meldet sich immer offener zu Wort.

Weltwirtschaftsgipfel in der BRD: Reagan go home!

Vom 2. bis 4. Mai treffen sich in Bonn die Regierungschefs der USA, der BRD, Japans, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens zu ihrem „Weltwirtschaftsgipfel". Mit von der Partei natürlich Reagan und Thatcher, die fanatische Feindin der britischen Bergarbeiter.

Schon der Name „Weltwirtschaftsgipfel" drückt aus, daß sich hier die treffen, die für sich fordern, den Gang der Wirtschaft bestimmen zu können. Also: in Bonn treffen sich die Herrscher einer Weltwirtschaftsordnung, die den Entwicklungsländern ihre einheimischen Rohstoffe zu Billigstpreisen abnehmen und durch ihre Kredite und die folgenden Zinslasten den größten Teil des Nationaleinkommens dieser Länder zur Quelle von Superprofiten der imperialitischen Länder machen.

Hier treffen sich die politischen Ziehväter des Pinochet-Regimes, die Freunde des paraguayischen Diktators Stroessner, die Verantwortlichen für den Hungertod in Afrika und für die doppelte Unterdrückung der Frauen in der „3. Welt".

Massenhafter Protest ist also gefordert. 1982 bei Reagans Bonner Visite demonstrierten 400000. Heute ist sein Aufkreuzen in Bonn nicht minder eine Provokation. Wem muß man das noch sagen: Reagan steht für die Kriegsführungspläne der NATO, für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD, für den Überfall auf Grenada, für Subversion und Interventionsvorbereitungen gegen das freie Nicaragua, für eine zynische ausbeuterische Politik zum Schaden der sozial Schwachen in aller Welt.

8. Mai '85

Dregger spricht von der „größten Katastrophe für die Deutschen", andere sprechen vom „Tag der Niederlage". Selbstverständlich ist keiner **für** Hitler. Aber wieviele sind nur deshalb **gegen** ihn, weil er den Krieg verloren hat?

Für uns ist der 8. Mai '45 ein Tag der Befreiung. Aber auch eine Mahnung. Es gilt, den Anfängen zu wehren, damit es nie wieder zu Faschismus und Krieg kommt.

Deshalb kämpfen wir gegen Ausländerfeindlichkeit und faschistische Organisationen, fordern wir gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer und ein Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen.

Deshalb kämpfen wir gegen Aufrüstung und Raketenstationierung, fordern wir die Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa und den Austritt der BRD aus der NATO.

Wir wissen: Der Hitlerfaschismus kam nicht über Nacht. Wir wissen: Hinter Hitler standen am Ende die maßgebenden Kreise des Finanzkapitals. Wehren wir den Anfängen. Kämpfen wir heute gemeinsam gegen die Reaktion und das große Geld.

Kommt am 4. Mai zu den Demonstrationen in Bonn, Hamburg, Köln, Frankfurt. Fordert nicht nur in Bonn sondern überall: Reagan go home!

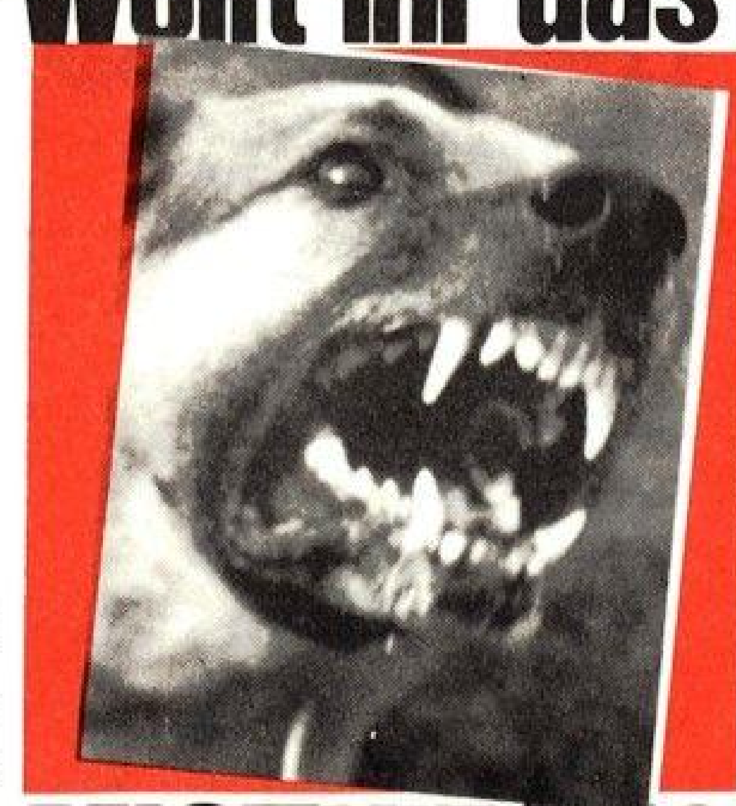
Das Wort zum Sonntag

Franz Josef Strauß

Werte Ostermarschierer,

ich sag es in aller Deutlichkeit. Ich war in Leipzig auf der Messe, ich hab Herrn Honecker die Hand geschüttelt und da hab ich es ganz deutlich gesehen: Dieser Mann hat sibirische Wolfszähne!!! Ich frage Sie: Wollen Sie, daß dieses Mistviech uns regiert? Nein?! Dann gehen Sie doch nach Hause und lassen Sie das Demonstrieren sein!

Wollt ihr das



MISTVIECH?

Ostern, April 1985 • 40 Pf

Nr. 118/21 • Druck in Essen-Kettwig • C 8756 A • RO

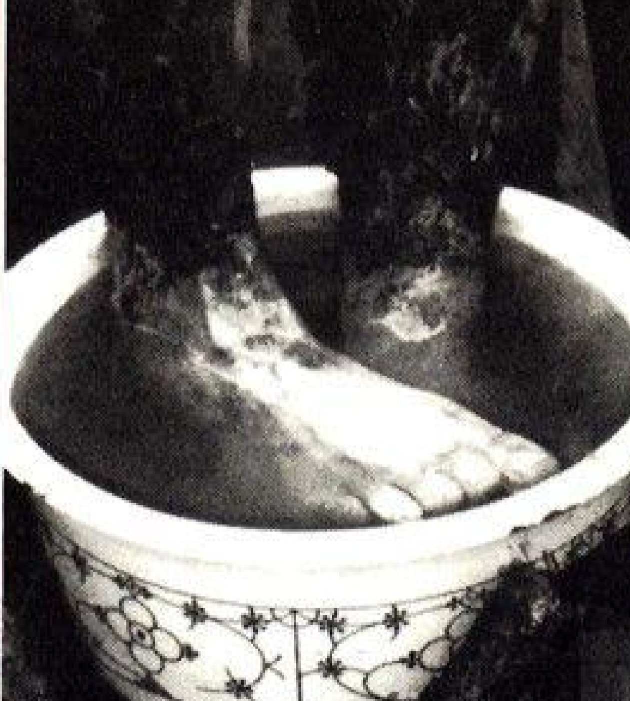
Blind

WAHNSINNIG • ORDNUNGSLIEBEND

Belgien 15 bfr, Dänemark 3,00 dkr, Frankreich 3,00 FF, Griechenland 40 Dr, Holland 0,80 hfl, Italien 600 L, Jugoslawien 75 Din, Luxemburg 10 lfr, Österreich 6 S, Portugal 60 Esc, Schweiz 0,60 sfr, Spanien 50 Pts, Canaria 60 Pts

Trotz 30 Grad im Schatten

KALTE FÜSSE



MEXIKO — Kaum war der US-Vizepräsident Bush von seiner Schlammschlacht gegen Nicaragua zurückgekehrt, da mußte er ein Fußbad nehmen. „Ich hab die Schnauze voll“, Empörung klingt aus den Worten von Bush, „soll ganz Amerika kalte Füße bekommen?“ „Wer sind wir denn, daß wir uns von so einem kleinen Land an den Füßen herumkitzeln lassen. Nicaragua ist der Parkplatz der USA und keine Nelke der Freiheit.“

BLIND-KOMMENTAR

Köpfchen

„Ich fühle mich so frisch. Es kommt der Frühling“, sagte Adolf Hitler. Doch es kam der 8. Mai — der böse Russe.

Hitler war böse, doch ein Deutscher. Gorbatschow mag lächeln, doch er ist Russe. — Böse, böse.

Haben Sie einmal überlegt, warum Ronald Reagan uns zum 8. Mai besucht? Dieser Mann hat ein Gespür für die Menschen. Er spürt unsere Trauer, will uns helfen.

Hätten wir am 8. Mai nicht kapituliert, es gäbe keine Mauer in Berlin, keine SS 20 auf deutschem Boden ...

Feiern Sie ein Mißgeschick ihrer Fußballmannschaft? — Deutsche feiern keine Niederlagen.

Besinnen wir uns am 8. Mai auf unsere innere Stärke.

Hupka auf der Pirsch

Ostermarsch nach Schlesien



„Oh Schlesien, liebstes Schlesien mein — i paak di di au au a-alleine ...“, der arme Hupka singt ganz außer Atem stolz sein Heimatlied. Er will Schlesien heim ins Reich holen und überschritt, am Tag als Jesus gekreuzigt wurde, morgens um 5 Uhr, die Grenze zur sowjetisch besetzten Zone. Seitdem ist er verschwunden ...

Wo ist Hupka? Wird er es schaffen? Millionen BLIND-Leser stellen diese bangen Fragen. Das Fernsehn strahlt pausenlos eine Sonder-Such-Sendung aus. Bundeskanzler Kohl fand vorbeugend tröstende Worte: „Und wenn er es nicht schafft — ein Vorbild für die Jugend haben wir. Das ist im internationalen Jahr der Jugend besonders wichtig.“

Super — USA: Nach Weltraumwaffen

Wir fangen ganz von vorn an!!

WASHINGTON — Amerika ist das Land der tausend Möglichkeiten. Reagan der Präsident mit den tausend Ideen. „Am dritten Tage ist Jesus von den Toten auferstanden“, beginnt Ronald Reagan seine neue Vision.“ Die Amerikaner werden, durchdrungen von der Mission Gottes, am dritten Tage nach dem Weltuntergang, ebenfalls von vorn anfangen.“ Für den Weltuntergang baut der Präsident Weltraumwaffen. Für den Neuanfang pressen sich jetzt die Wissenschaftler der NASA die Gehirnwindungen aus. Aus Gamma- und Laser-Strahlen gelang ihnen die Geburt eines Sauriers. Der Präsident: „Das ist das Licht und die Herrlichkeit. Schafft zwei, drei viele Saurier und die Auferstehung ist unser.“ Vizepräsident Bush kommentierte mit etwas mehr Blick für Realitäten: „Die Russen haben keine Saurier. Die Welt gehört uns.“



Genfer Verhandlungen

Frieden im Griff

GENF — Gäbe es Genf und die Verhandlungen nicht, kein Mensch wüßte wohin mit den ganzen Raketen. Gäbe es BLIND nicht, kein Mensch wüßte, was in Genf passiert.

Unser BLIND-Korrespondent war dabei, als nach langem, zähem Ringen die beiden Unterhändler der Supermächte sich friedliebend in die Augen schauten. KLICK — die BLIND-Kamera hält alles fest. Urteilen Sie selbst: Blicke täuschen nicht. NATO und Warschauer Pakt haben den Frieden fest im Würgegriff.

Männer zeigt's den Frauen



BONN — Nachdem Familienminister Geißbock den Eindruck erwecken konnte, er habe ein Herz für Frauen, wendet er sich jetzt wieder dem starken Geschlecht zu. Geißbock macht gegen die weiche Welle unter den Männern mobil: „Nur Schlappschwänze verweigern den Kriegsdienst, wer was in der Hose hat, geht zum Bund!“

Herr Zimmermann empfiehlt:

Wer Kinder liebt — baut Bunker

Denn: Ohne Aufrüstung kein Frieden. Ohne Bunker kein Krieg.